

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Ab-Steiger-Award in Essen
Für nix und wieder nix
(Teil 2)



Seite 3

Dortmund hat's, Berlin kriegt's, Essen braucht's:
Ein Hochhauskonzept!



Seite 4

Klimakonferenz

Kapitalismus und Umwelt

Seite 6



Verkehrswende

Busspuren und Fahrverbote

Seite 9

VERARBSCHEN?

Bis zu 3 Prozent Preiserhöhung beim VRR:

WOLLETTHER

Es ist unglaublich: 8000 Essener demonstrieren bei FFF für eine Energie- und Verkehrswende, auf der U-Bahn klebt der Spruch: „Mehr ÖPNV für alle“ – und der VRR und damit die Ruhrbahn erhöhen ihre Preise!



Als ob man alle Fahrgäste – gestatten Sie den Ausdruck – verarschen will, preist sich die Ruhrbahn auf Plakaten und Straßenbahnen als Klimaretterin! Eine Fahrpreiserhöhung ist ein Schritt genau in die entgegengesetzte Richtung. Um Aktionen dagegen zu koordinieren, hat sich jetzt in Essen ein Roter-Punkt-Komitee gegen Fahrpreiserhöhungen gebildet.

Man greift damit eine Tradition aus den 1970er Jahren wieder auf: Damals gingen Tausende auf die Straße, um gegen die Fahrpreiserhöhungen und – man glaubt es kaum – für den Nulltarif zu demonstrieren.

Bis zu drei Prozent sollen die Fahrpreise steigen! Insbesondere bei den Stammkunden!

Ursprünglich wollte man 4 Prozent Erhöhung, da können wir ja fast dankbar sein! Lediglich Einzelfahrscheine und das HappyHourTicket, von dem eigentlich niemand weiß, das es überhaupt existiert, bleiben preisstabil.

Anders sieht es bei Abos und Monatstickets aus. Der Preis für das SchokoTicket für Selbstzahler steigt um 1,8 Prozent. Auch alle Mehrfahrkarten werden verteuert: Das 4erTicket Kurzstrecke von 6,10 auf 6,25 €, das 4er Ticket Preisstufe A von 10,50 € auf 10,70 €; 10er Ticket Preisstufe D um etwa 3 €, das 24-Stunden-Ticket von 7,10 € auf 7,25 € usw. Hingegen ist ein 365-Euro-Jahresticket weiterhin nicht geplant.

Völlig unmöglich ist die geplante Erhöhung des Sozialtickets auf 39,35 Euro. Es läge damit um 6,45 Euro über den im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehenen Mobilitätskosten. Treffen wird die Erhöhung des Sozialtickets vor allem die Menschen, die einer Arbeit nachgehen und ein so geringes Einkommen erzielen, dass sie zusätzlich

Hartz IV erhalten.

Aus diesem Personenkreis setzt sich ein Großteil der Nutzer/innen des Sozialtickets zusammen.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu: „Die jetzt geplante Erhöhung ist zwar geringer als in den letzten Jahren und als ursprünglich geplant. Sie wäre jedoch ein völlig falsches Signal. Man kann nicht mit Sonderangeboten im Rahmen des ‚Lead City Programms‘ des Bundes Neukunden werben und gleichzeitig weiter an der Preisspirale für die Bestandskunden drehen. Wir sind dafür, im nächsten Jahr eine ‚Nullrunde‘ einzulegen und endlich die Planung für einen massiven Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs im Ruhrgebiet anzugehen.“

Die CDU-Fraktion dagegen findet die Erhöhung in Ordnung: „Der Nahverkehr hat einen Bedarf an Investition, die durch Maßnahmen des Emissionsschutzes und des Klimaschutzes notwendig sind. Zusätzliche Betriebskosten werden leider nur zum Teil von Förderprogrammen des Bundes aufgefangen. Die vorgeschriebene Anschaffung von Bussen mit alternativen Antriebstechnologien – nach vorgegebenen Quoten – muss bezahlt werden.“

Aber mit der Erhöhung der Fahrpreise für die Stammkunden hört es nicht auf. Auch die Messe, eine 100%-Tochter der Stadt, lässt ihre Kunden im Regen stehen; künftig wird das Ruhrbahnticket nicht mehr automatisch mit der Eintrittskarte in die Messe erworben, sondern muss extra gekauft werden (s. dazu den Beitrag auf S. 9). Statt also vorne den ÖPNV zu

preisen und ihm hinten die Arschkarte reinzuschieben, sollten sich die Verantwortlichen endlich mal Gedanken machen zu einem ÖPNV, der nicht nur attraktiv ist, sondern auch bezahlbar. Wenn wir schon nicht vom ÖPNV zum Nulltarif reden (obwohl das richtig wäre), dann sollten wir doch immerhin das einführen, was in Wien schon seit geraumer Zeit mit großem Erfolg praktiziert wird: Das 365-Euro-Jahresticket. Die Kosten für das Abo würde sich glatt halbieren. Und wenn alle PKW-Nutzer*innen, die ihr Auto auf öffentlichem Grund abstellen wollen, dies nur noch gegen Anschaffung eines Jahrestickets dürften, wäre die Kohle wieder drin und ein wichtiger Impuls für die Verkehrswende gesetzt.

Messe-Kombiticket abgeschafft



Die richtige Antwort: Aktion „Roter Punkt“ gegen die Fahrpreiserhöhung und für den Nulltarif!

& Kurz & Knapp

Weiter Diskussion um Bürgerrathaus nötig

Die LINKE-Ratsfraktion hält eine weitere Diskussion um die Gestaltung des Bürgerrathauses für dringend notwendig. Sie hält den von der Jury gekürten Siegerentwurf des Architektenwettbewerbs, der als „Bürotrakt“ ein Hochhaus vorsieht, städteplanerisch für wenig überzeugend. Das neue Bürgerrathaus darf keine dominierende, abschreckende Wirkung haben, wie das jetzige Rathaus, und sollte die historischen Gebäude in seiner Nähe nicht „erdrücken“.

Informations-Kampagne zur Grundsicherung im Alter

Die Zahl der Berechtigten für Grundsicherung im Alter liegt deutlich höher als die der Empfangenden. Studien der Hans Böckler Stiftung bestätigen, dass gut zwei Drittel der anspruchsberechtigten Älteren auf die ihnen zustehende Grundsicherung im Alter verzichten – aus Unkenntnis, Scham oder anderen Gründen. Daher hat die Ratsfraktion DIE LINKE beantragt, dass die Verwaltung eine umfassende Informationskampagne zur Grundsicherung im Alter durchführt.

Grundgesetz gilt nun auch in Essen!

2017 haben wir als einzige Fraktion im Stadtrat gegen eine Verordnung gestimmt, die das Verkaufen von Obdachlosenzeitungen, das stille Betteln und das Verteilen von Flyern während Essen Original, dem Weihnachtsmarkt und anderen Veranstaltungen verbieten sollte. Dank einer Klage des Rechtsanwalts und Mitglieds der Partei die LINKE, Jasper Prigge, hat die 16. Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen nun festgestellt, dass die Verordnung der Stadt Essen rechtswidrig ist. Das Grundgesetz gilt nun auch wieder in Essen! Das Verteilen von politischen Flugblättern darf nicht „mal eben so“ für mehrere Monate im Jahr verboten werden. Es ist immer das gleiche Spiel: Jene Parteien, die ständig von Freiheiten reden, torpedieren die in der Verfassung garantierten Grundrechte und bauen

darauf, dass sich niemand wehrt. Und selbst wenn sich jemand wehrt, dauert es regelmäßig Jahre, bis solche Eingriffe vor Gericht revidiert werden. Meinungsfreiheit, welche durch die städtische Verordnung beschnitten wurde, ist in einer Demokratie ein hohes Gut. Um Meinungen zu äußern, die nicht dem Mainstream entsprechen, bleibt häufig kein anderer Weg, als das Verteilen von Flugchriften oder die direkte Ansprache. Aber das reicht uns nicht. Wir wollen noch einen Schritt weiter gehen, denn auch das stille Betteln oder das Verkaufen von Obdachlosenzeitungen belästigt niemanden und sollte grundsätzlich erlaubt sein. Die Stadt Essen will nämlich den ärmsten Menschen für mehrere Monate im Jahr die häufig einzige mögliche Einnahmequelle nehmen, und das auch an Weihnachten, dem sogenannten Fest der Liebe.

Kommentar zum Stadtgeschehen

„Rabimmel Rabammel“

von Michael Steinmann

Ein inzwischen fast alltäglicher Vorfall: Da sitzt ein Obdachloser auf einer Bank im Limbecker-Platz-Einkaufszentrum (böse Zungen nennen es „Kuhfladen“). Er sitzt ruhig da, stört niemanden, fällt aber trotzdem auf. Einige Besucher fühlen sich auch prompt belästigt und rufen einen Wachmann. Der verweist den „Störer“ des Ortes.

Nun aber geschieht etwas Ungewöhnliches: Ein Passant nimmt den Obdachlosen in Schutz!

Das Vorkommnis passt recht gut in die Zeit. Denn bald feiern die Christen wieder St. Martin. Nicht lange hin, dann werden dieselben Leute, die sich über den „Berber“ beschwert haben, St. Martin begehen. Mit Gottesdiensten und viel Folklore (Laterne, Laterne). Oder zu Hause bei einer fetten Martinsgans.

Ist einem dieser Besucher denn nie aufgefallen, dass der heilige Ritter einem „Penner“, einem „Berber“, der schlecht roch, die Hälfte seines Mantels gab?

Zumindest einem Passanten fällt das auf, er gibt dem Wachmann Kontra.

Man wundert sich, dass ausgerechnet die WAZ diesem Akt von Zivilcourage Beifall zollt und ihr Lokalchef nicht in seiner verqueren Art schreibt, „die Gedankenpolizei der Links-Grünen“ verbiete nun den Passanten sogar, Ekel vor Pennern zu empfinden. Inszeniert er sich in seinen gefürchteten Kolumnen doch sonst so gern als trutziger Kämpfer für die Meinungsfreiheit! Mit „Ich-lass-mir-nicht-den-Mund-verbieten“-Attitüde, indem er Leute, die für

mehr Toleranz werben, sowie Kritiker von rassistischem Gedankengut als „Gedankenpolizei“ abqualifiziert.

Die Stadt selbst hat inzwischen längst sinnlose Hinweistafeln mit genauso sinnlosen Texten vor dem Hauptbahnhof installieren lassen, um einen Vorwand zu haben, Leute aus der „Trinkerszene“ dort entfernen zu lassen. Auch den Verkauf von Obdachlosenzeitungen wollte sie verbieten, ist damit aber vor Gericht gescheitert. Meinungs-, Presse- und Redefreiheit sind dann doch ein bisschen höher zu bewerten als das Wohlfühl-Bedürfnis einkaufswilliger Bürger.



Der Autor ist aktiv in der Basisgruppe DIE LINKE. Rütten-scheid.

Stellt sich die Frage, warum man in unserer Stadt die Ausgrenzungen so gern weiter ausgrenzt. Weil Penner, Bettler und Trinker die „Attraktivität der City beeinträchtigen“. Man könnte böse fragen: Was gibt es da eigentlich noch zu beeinträchtigen?

Der stetige Kampf gegen Randfiguren dieser Gesellschaft macht deutlich, dass man Armut verstecken will. Dabei ist sie da, und zwar unübersehbar: In Essen leben fast 30 Prozent aller unter 15-Jährigen in Familien, die mit staatlicher Unterstützung (Hartz-4) auskommen müssen. Jedes dritte Kind ist arm in unserer Stadt!

Sollte man sich nicht lieber vor solchen Tatsachen ekeln als vor einem Penner im Einkaufszentrum?

te böse fragen: Was gibt es da eigentlich noch zu beeinträchtigen?

Der stetige Kampf gegen Randfiguren dieser Gesellschaft macht deutlich, dass man Armut verstecken will. Dabei ist sie da, und zwar unübersehbar: In Essen leben fast 30 Prozent aller unter 15-Jährigen in Familien, die mit staatlicher Unterstützung (Hartz-4) auskommen müssen. Jedes dritte Kind ist arm in unserer Stadt!

Sollte man sich nicht lieber vor solchen Tatsachen ekeln als vor einem Penner im Einkaufszentrum?

Fridays for Future setzt Stadtrat unter Druck

Peinlich: Große Koalition (Groko) aus CDU und SPD widersetzt sich der Ausrufung des Klimanotstandes

Erst großer öffentlicher Druck führte dazu, dass sich SPD und CDU überhaupt bewegten und es im Rat der Stadt Essen zu einer größeren Debatte über das Thema „Klimanotstand“ kam. Mit Händen und Füßen wehrte sich die Groko dann aber, den „Klimanotstand“ zu beschließen, wie LINKE und Grüne beantragt hatten. Damit scheiterte der Kern dieses Antrages, die Stadtverwaltung solle in den Entscheidungsvorlagen jede anstehende Maßnahme auf Klimaschädlichkeit prüfen und ggf. Alternativen vorschlagen, an der Engstirnigkeit von SPD und CDU. Beschlossen wurde dann ein Groko-Antrag, der zwar viel Richtiges enthielt, aber dem Ernst der Lage nicht gerecht wurde.

Dem Beschluss vorausgegangen war eine wochenlange, von der Groko hinter verschlossenen Türen geführte Auseinandersetzung, ob überhaupt etwas beschlossen werden sollte. Letztlich konnte sich die Groko dem öffentlichen Druck, vor allem durch die Bewegung „Fridays for Future“, nicht entziehen. Noch am Tag der Ratssitzung machte die Bewegung

mit einer Kundgebung vor dem Rathaus und im Anschluss auf der Ratssaaltribüne ihre Positionen deutlich. Gabi Giesecke sprach für die linke Fraktion. Hier ein Auszug aus ihrer Rede, die auf der Internetseite der Ratsfraktion unter www.linksfraktion-essen.de nachgelesen werden kann.

„Während also international von höchster Ebene vom Klimanotstand gesprochen wird, wissen die Kommunalpolitikerinnen und -politiker der Groko alles besser: Klimanotstand – nein, Essen ist eine Insel der Glückseligen. Zwar müsse man handeln und habe selbst gesteckte Ziele verfehlt. Aber Notstand? Nicht in Essen. Und Sie, Herr Oberbürgermeister, hauen gegen besseres Wissen in dieselbe Kerbe. Und selbstverständlich ist der Klimanotstand leider da. Für die Menschen, die vor Dürre oder Überschwemmungen fliehen müssen, für die Fischer vor der afrikanischen Küste, deren Fischfänge nicht mehr zum Leben reichen – für diese Menschen ist der Klima-Notstand da. Nicht zuletzt durch unsere kapitalistische Wirtschaftsweise, die Ausbeutung von Rohstoffen und anderen Ressourcen bedingt ...

Wir Linken stehen für die Klimaschutzziele und wir stehen dafür, sie sozial zu gestalten. Der Individualverkehr ist ein

Hauptverursacher von gesundheitlichen Belastungen durch Lärm und Feinstaub. Und da tragen die Besserverdienenden mit ihren dicken Autos erheblich mehr zur Umweltverschmutzung bei, als diejenigen mit geringem Einkommen, die sich nicht mal ein Auto leisten können. Essen muss perspektivisch so umgebaut werden, dass Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr absoluten Vorrang haben. Der ÖPNV muss auf Sicht so kostengünstig werden, dass sich ihn alle leisten können. Wir wollen einen ticketlosen Nahverkehr und als Einstieg z.B. ein 365 Euro-Jahresticket. Also 1 Euro pro Tag, Wien macht es erfolgreich vor.

Ein konkreter Beitrag zum Umweltschutz wäre die Ausstattung von Haushalten, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, mit klimaeffizienten Kühlschränken und Herden. Diese Geräte können sie sich nämlich nicht leisten.

Und während die bessergestellten Haushalte den Folgen des Klimawandels immer noch ausweichen können mit Klimaanlage, Swimmingpools und großzügigen Grünanlagen, leiden in den hochverdichteten Stadtteilen ärmere Menschen unter der Erhitzung ihrer Quartiere, obwohl sie insgesamt weniger zum Klimawandel beigetragen haben.“

Drei Beschäftigte im neuen Aufsichtsrat

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat der Rat beschlossen, dass in der neuen Immobilienholding drei, statt wie vorgesehen nur zwei, Beschäftigte im Aufsichtsrat sitzen werden. Das macht alleine deshalb Sinn, weil die neue Holding aus drei Gesellschaften mit unterschiedlichen Aufgaben besteht, sodass alle Beschäftigten auch über die gleichen Informationen verfügen müssen.

Verzögerung beim Innenstadt-WLAN inakzeptabel

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat kein Verständnis dafür, dass sich das kostenlose WLAN in der Innenstadt weiter verzögert. Die unbefriedigende Situation macht deutlich, dass es ein Fehler war, jahrelang nach privaten Partnern zu suchen, statt das kostenlose WLAN als kommunale Aufgabe zu begreifen und eine städtische Gesellschaft damit zu beauftragen.

Solidarität mit der Belegschaft von Widia

Die drohende Schließung der Widiawerke ist absolut nicht nachvollziehbar, weil Widia seine Gewinne in den letzten Jahren stetig gesteigert hat. Die geplante Verlagerung der Produktion dient allein dazu, Profite für Aktionäre weiter zu steigern. Die IG Metall hat nun eine Petition zur Solidaritätsbekundung mit den Beschäftigten gestartet, die online zu finden ist und noch bis zum 09. Oktober unterschrieben werden kann.

Anfang Juli lehnte Ulla Lötzer, für die linke Fraktion im Sozialausschuss, das Pilotprojekt einer kommunalen Rückkehrberatung ab. Grund dafür war vor allem die einseitige Ausrichtung, geflüchtete Menschen in der Beratung zu einer Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu drängen, statt neutral über alle Alternativen zu beraten. Wir dokumentieren im Folgenden die kritische Stellungnahme von Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen vom 5.7.2019.

„Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Integration (ASAGI) der Stadt Essen hat am 02.07.2019 die Einrichtung eines Pilotprojektes „Kommunale Ausreise- und Perspektivberatung“ mit einer Laufzeit bis Ende 2022 beschlossen. Im Rahmen des Projektes soll neben einer personellen Aufstockung der bereits bestehenden Rückkehrberatungsstellen eine „Mobile Flüchtlingshilfe“ eingerichtet werden, die aufsuchend arbeitet. Diese richtet sich nicht nur an ausreisepflichtige Personen, sondern auch an Menschen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Schutzstatus zugesprochen bekommen haben.

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. steht dem Projektteil aus verschiedenen Gründen kritisch gegenüber. Die Stadt Essen begründet das Projekt u.a. damit, dass Schutzberechtigte

„durchaus den Wunsch nach Rückkehr in ihr Heimatland artikulieren“. Der Beratungsalltag bei ProAsyl zeigt hingegen ein völlig anderes Bild.

Syrische Klient*innen fragen wesentlich häufiger nach Möglichkeiten der Aufenthaltsverfestigung als dass sie einen ernsthaften Rückkehrwunsch äußern. Zudem ignoriert das Projekt die Entscheidungspraxis des BAMF. Für die Gruppe der Syrer*innen besteht eine

hohe Anerkennungsquote im Asylverfahren, weil ihnen nachweislich im Heimatland Gefahr für Leib und Leben droht.

Die Projektbezeichnung „Mobile Flüchtlingshilfe“ ist irreführend. Im Konzept ist keine ergebnisoffene Beratung vorgesehen. Der Schwerpunkt liegt einseitig auf der Rückkehrberatung. Die Stadt hat im Herbst 2017 mit dem Integrationskonzept viel Geld für die Integration von Geflüchteten

in die Hand genommen. Mit dem Verweis auf die Zahlen der Menschen im Leistungsbezug wird ihnen jetzt der Integrationswille abgesprochen. Aus Sicht von ProAsyl weist dies eher auf kommunale Defizite im Integrationsbereich hin. Daher ist es notwendig bestehende Integrationsangebote auszuweiten.

Wir sind besorgt angesichts der Wirkung des Projektes in die Stadtgesellschaft. In Zei-

ten von zunehmendem politischem Einfluss rechter Gruppierungen und erstarkendem Rechtsextremismus birgt ein derartiges Projekt die Gefahr, dass Schutzberechtigte als Leistungsempfänger*innen ohne Integrationswillen stigmatisiert werden. Dadurch wird die negative Stimmung gegenüber Geflüchteten weiter angeheizt.“

Linke lehnt im Sozialausschuss städtisches Vorgehen ab

Sportimmobilien = Schrottimobilien

Es war eine Frage der Zeit, wann uns die verfehlte Politik bei Sport- und Immobilienwirtschaft um die Ohren fliegt. Nun auf die Stadtverwaltung zu schimpfen, wäre zu einfach und verfehlt. Die Politik hat seit Jahrzehnten weder die Immobilienwirtschaft noch die Sportverwaltung mit ausreichenden Geldmitteln versorgt, um die seit langem nötigen Reparaturen und Instandsetzungen durchzuführen.

Fehlende Lernschwimmbecken und geschlossene Turnhallen sind für den Schul- und

Vereinsport allerdings nicht mehr hinnehmbar. Für die Sportstadt Essen ist es zudem beschämend, wenn Bürgerinnen und Bürger für längere Zeit vor geschlossenen Sporthallen und Schwimmbädern stehen müssen.

Denn Sport hält nicht nur gesund und glücklich, sondern stellt für kleine wie große Menschen auch einen notwendigen Ausgleich neben Schule und Arbeit dar.



Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss

Auch der Geschäftsführer des ESPO (Essener Sportbund), W. Rohrberg, sagte kürzlich, dass die Stadt begreifen müsse, dass Sport mehr ist als nur höher, schneller, weiter. Der Sport habe allein schon viel mehr Unterstützung verdient, wenn man die Zahl der Sporttreibenden in der Gesamtbevölkerung zur Grundlage nimmt.

Leider wird der Sport Jahr für Jahr nicht angemessen bei der Verteilung der Haushaltsmittel berücksichtigt.

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion Essener Morgen, Heinz-Renner-Haus, Severin-str. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8907790, E-Mail: redaktion@essener-morgen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint Frühjahr 2020.

Endlich in Essen: Der Steiger-Award! Andere haben die Goldene Kamera, den Goldenen Bären oder gar den Oskar! Und nun hat Essen endlich auch etwas: den Steiger Award. Oder eher „Ab-Steiger-Award“? Sascha Hellen, Erfinder und Initiator, sah sich inzwischen vor Gericht wieder. Angeklagt wegen Betruges, betrügerischen Konkurses und Hochstapelei. Grund genug für uns, einmal zu recherchieren, wer dieser Mann ist, dem OB Kufen so gern vertraute ...



Für nix und wieder nix

(Teil 2)

Wer also ist dieser Hellen? Sein Name steht in Verbindung mit etlichen Skandalen in Bochum. „Er hat es in beeindruckender Manier in den letzten 15 Jahren immer wieder geschafft, die Eitelkeiten der führenden SPD-Leute in Bochum und der Vorstände von Stadtwerken und Sparkasse für fragwürdige Geschäfte, d. h. vor allem für Veranstaltungsformate zu instrumentalisieren.“ (bo-alternativ). Später distanzierte sich die Bochumer Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz von ihm mit den Worten: „Herr Hellen hat meines Erachtens ... Sorgfaltspflichten in der Abwicklung vernachlässigt und konnte bis heute nicht einwandfrei und widerspruchsfrei nachweisen, wie Gelder, die an ihn gegangen sind, verwendet wurden.“

Dazu musste allerdings der erste Skandal um Hellen und seine von städtischen Bochumer Unternehmen mit rund 1,4 Millionen Euro gesponserten sinnfreien Veranstaltungen platzen: Die berühmte Steinbrück-Honorar-Affäre. 2012 musste der damalige SPD-Kanzlerkandidat seine Einkünfte offenlegen. Dabei kam heraus, dass er für zwei Stunden Rumsitzen auf einer von Hellen organisierten Couch beim so genannten „Atrium-Talk“ der Bochumer Stadtwerke sage und schreibe 25.000 Euro erhalten hatte! Laut Darstellung der Stadtwerke hatte Hellen versichert, Steinbrück würde sein Honorar für einen wohltätigen Zweck spenden, er hatte aber offenbar vergessen, seinerseits Steinbrück von dessen wohltätigen Absichten in Kenntnis zu setzen.

Die Liste der Hellen-Affären, Skandale, Konkurse, Geld-Unregelmäßigkeiten ist lang, liest sich aber spannend wie ein Krimi:

Noch vor der Steinbrück-Affäre war es ihm gelungen, eine der größten Demonstrationen in Bochum gegen seinen Plan ins Leben zu rufen, Recep Tayyip Erdoğan einen Steiger-Award in die Hand zu drücken. Ausgerechnet Erdoğan für die „Steiger-Tugenden“ (wir erinnern uns: Geradlinigkeit, Offenheit und Toleranz) auszuzeichnen, löste bei Armeniern, Kurden und Aleviten und anderen türkischen Oppositionellen Fassungslosigkeit aus. Über

30.000 Menschen demonstrierten dagegen.

Kaum hatten sich da die Wogen einigermaßen geglättet, gab es eine Hausdurchsuchung: Es wurde wegen des Verdachts des Betruges gegen ihn ermittelt. Die Soziale Liste schreibt: „Mit rund 1,4 Mio. Euro haben die Stadtwerke Veranstaltungen der Hellen Medien Projekte GmbH und Sascha Hellen finanziert und gesponsert. Auf rund 250.000 Euro belaufen sich derzeit die Rückforderungen der Stadtwerke an Hellen wegen nicht erbrachter bzw. nicht nachgewiesener Leistungen.“

So war z.B. ein Auftritt von Schauspieler Mario Adorf im Jahr 2008 zwar abgesagt, aber dennoch bezahlt worden. Dem WDR „liegt ein Bericht von Wirtschaftsprüfern vor, demzufolge 10.000 Euro als Honorar geflossen waren, obwohl Adorf die Talkrunde wegen Krankheit abgesagt hatte.“

Sehr schön auch die Geschichte, als Hellen in seinem Telefonbuch die Nummer von Paul McCartney fand und den Stadtwerken versprach, er werde den Ex-Beatle zu einem Konzert nach Bochum verpflichten. Woran die Stadtwerke – gläubig wie immer – erhebliche Geldbeträge zur Verfügung stellten. Trotz der leicht rassistischen Tendenz sei dazu ein Zitat der WAZ widergege-

ben: „Drei Vorauszahlungen (113.000 Euro) waren seit 2009 erfolgt. Hellen will ein Teil des Geldes in London im Briefumschlag bar an einen pakistanischen McCartney-Verbindungsmann übergeben haben. Dass das Konzert bis heute nicht stattfand, führt Hellen-Anwalt Heinz Ansoerge auf die Presseberichte über die Stadtwerke-Affäre 2012 zurück.“



Der Autor ist aktiv in der Basisgruppe DIE LINKE. Rüttenscheid und hasst Provinzpolitiker, die vor lauter Eitelkeit auf Hochstapler hereinfallen und dabei öffentliche Gelder verschwenden.

Und der WDR berichtete: „Nachdem die Stadtwerke Bochum ihre Zusammenarbeit mit Promi-Vermittler Sascha Hellen beendet haben, will die Sparkasse erstmal weiter an ihm festhalten. Konkret geht es dabei um ein schon lange geplantes Konzert von Ex-Beatle Paul McCartney, für das es aber noch keinen Termin gibt. Die Sparkasse Bochum will jetzt bis Ende Februar wissen, ob McCartney definitiv 2013 nach Bochum kommen wird oder nicht. Solange wolle man Hellen und seiner Agentur Zeit geben. Ansonsten würden Verträge gekündigt und Geld zurückgefordert, schreibt die Sparkasse in einer Stellungnahme. Wieviel Geld die Sparkasse schon an Hellen überwiesen hat, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Die Stadtwerke hatten ihren Vertrag über das Konzert vergangene Woche gekündigt und 95.000 Euro Vorauszahlung zurückgefordert.“

2017 meldete Hellen mit seiner Veranstaltungsagentur Insolvenz an, somit dürften sich die Rückforderungen erledigt haben. Wer zahlt also? Der Stadtwerke-Kunde und der Steuerzahler!

All das hinderte unseren Promivermittler nicht daran, inzwischen mit dem Steiger-Award weiterzumachen und selbst in Bochum noch weitere Veranstaltungen durchzuführen, wozu „bo-alternativ“ verzweifelt anmerkt: „Die Verantwortlichen der Stadt Bochum zeichnen sich durch eine beeindruckende Lernunfähigkeit aus. Sie sind wieder einmal auf Sascha Hellen reingefallen.“ Denn nun mietete er im Namen oder eben nicht im Namen eines Vereins „Herausforderung Zukunft e.V.“, für den er aber nicht zeichnungsbe-rechtigt war, einen Raum an, damit Armin Laschet ein paar Worte zum Aspekt „Herausforderung Zukunft“ sagen sollte. Schließlich fragte ein SPD-Ratsherr, wer denn nun gemietet habe und wie es denn mit der Zahlung bestellt sei. Die Antwort der Verwaltung: „Herr Hellen hat den Nutzungsvertrag persönlich unterzeichnet. Dadurch übernimmt er unabhängig von der vereinsinternen Regelung zur Vertretungsbefugnis für den Verein die persönliche Haftung für die

Zahlung der jeweils fälligen Entgelte. Die Forderung ist mit Stand 21.03.2019 noch nicht bezahlt und befindet sich im Verwaltungszwangsverfahren.“

Und Hellen wäre nicht Hellen, wenn es denn nun in Essen ohne Zahlungsprobleme oder Unregelmäßigkeiten abgegangen wäre. So schrieb die WAZ kurz vor der Veranstaltung: „Doch hinter den Kulissen gibt es eine Woche vor dem geplanten Termin heftige Querelen.“ Was war da los? „Nach Angaben der Grand Hall Zollverein-Geschäftsführung hat Hellen nämlich schon vor Monaten einen Vertrag mit der auf Großveranstaltungen spezia-

Zwischen dem Erscheinen des ersten und nun des zweiten Teils dieses Berichts hat die Verhandlung gegen Hellen stattgefunden. Er wurde wegen Betruges in zahlreichen Fällen (die hier genannten spielten allerdings im Verfahren keine Rolle) zu zwei Jahren mit Bewährungsstrafe verurteilt. Ein außerordentlich mildes Urteil.

lisierten Zollverein-Location abgeschlossen“, so die WAZ weiter. „Dort habe man allerdings auf Vorkasse bestanden, erklärt Geschäftsführer Tom Koperek. Die Zahlung in sechsstelliger Höhe sei Hel-

len trotz mehrfacher Mahnung bis Freitag ... schuldig geblieben. Umso überraschter zeigte sich Koperek am Freitag von der plötzlichen Verlegung ins Casino Zollverein.“ Man kann der Grand Hall Zollverein-Geschäftsführung nur zu ihrer Weitsicht gratulieren, auf einer Vorauszahlung zu bestehen. Wer weiß, ob das Geld sonst nicht vielleicht wieder bei einem pakistanischen Zwischenhändler verschwunden wäre ...

Wie auch immer: Das Zollverein-Casino jedenfalls scheint bezahlt worden zu sein. Auch sonst weiß man bisher von keinen neuerlichen Skandalen. Wenn man mal von jenem absieht, dass unser Oberbürgermeister mit einem Geschäftsmann verbandelt ist, für den das Wort „unseriös“ geschmeichelt wäre: Ein dubioser, in zahlreiche Skandale und Pleiten verwickelter Eventmanager flieht vor seinem Ruf durchs halbe Ruhrgebiet und bietet seine sinnlose Preisverleihung an wie sauer Bier. Niemand will sie, die sinnlose Promi-Parade, niemand ihn, den Promi-Verleiher mit den großen Taschen. Nicht mal mehr die Bochumer, die immer wieder auf ihn reingefallen sind. Wo findet er Asyl? Natürlich in Essen!

Und so steht zu befürchten, dass er nach diesem „erfolgreichen“ Einstand erst richtig loslegen und sich ausbreiten wird wie ein Ölteppich. Unsere Stadt ist geradezu prädestiniert für ein solches Vorgehen. Die Eitelkeiten unserer Provinzpolitiker, denen man schmeicheln kann, sind genauso Legion wie die Minderwertigkeitskomplexe, die es zu kompensieren gilt. Also könnte man sich auch hier wunderbar sinnlose Formate vorstellen: „Der Natatorium-Talk“ auf dem ehemaligen Coca-Cola-Gelände, „das kalte-Füße-Treffen ohne Heizung“ im Sanaa-Würfel auf Zollverein und schließlich „der Ab-Steiger des Jahres“ aus dem 23. Stock des Rathauses. Im Hinblick auf Olympia wäre das RWE-Stadion eine Super-Location: „Herausforderung Zukunft: Haushalts-Tricksereien“.

Mit ein bisschen Geschick lassen sich vielleicht auch – wie in Bochum – Stadtwerke und Stadtparkasse, vielleicht auch die Allbau, dazu bewegen, den ganzen Un-Sinn zu sponsern. Damit wäre auch Essen mal auf dem Weg zu einem ordentlichen Skandal und böte so eine grandiose Gelegenheit für OB Kufen, endlich auch prominent zu werden. Sicher steht er schon jetzt im Promi-Telefonverzeichnis von Sascha-Hellen. Direkt neben Paul McCartney. Bzw. dessen pakistanischem Freund. So genau weiß man das nicht.

Kleiner Treppenwitz am Rande: Hellen muss in der Tat über die außerordentliche Gabe verfügen, Promis einzuwickeln, denn ausgerechnet Gregor Gysi moderierte bis März 2018 die von Hellen organisierte, mittlerweile eingestellte Talkshow-Reihe in Bochum. Wir werden Gregor von unseren Recherchen in Kenntnis setzen.

Von wegen Grüne Hauptstadt!

Essen rühmt sich ja sehr gerne damit, die grünste Großstadt in NRW und eine der grünsten Großstädte in Deutschland zu sein. Mal abgesehen davon, dass sich solche Aussagen sowieso nicht prüfen lassen und damit immer Gegenstand einer marketingmäßigen Selbstüberhebungsstrategie bleiben, stehen sie in eklatantem Widerspruch zu einer Mitteilung der Verwaltung:

Von 2015 bis (wahrscheinlich Mitte) 2018 sind in Essen demnach 12.350 Bäume gefällt, aber nur 2.300 neu gepflanzt worden. Es ergibt sich also über das „Grüne Hauptstadtjahr 2017“ hinaus, aber ohne die Folgen von Ela, ein

Verlust von sage und schreibe mehr als 10.000 Bäumen.

In der außerordentlich kurzen und unmotivierten Antwort der Verwaltung auf die entsprechende Anfrage der Linken wird keine Auskunft gegeben, ob alle Bäume erfasst werden oder nur solche auf öffentlichem Grund oder in öffentlichem Eigentum. Auch wird nicht gesagt, ob es sich um Bäume gemäß Baumschutzsatzung oder um jedwede Bäume handelt. Auch wird nicht gesagt, ob es räumliche Schwerpunkte der Fällungen gibt oder wo welche neuen Bäume gepflanzt wurden.

Egal, wie sehr die Zahl also letztlich korrigiert werden muss, bleibt doch festzuhal-

ten: Pro Jahr verliert die Stadt Essen mehr als 2.500 Bäume. Wo von Hitten sind die Rede ist oder von Feinstaub und CO2 sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, Bäume nur dann wegzunehmen, wenn es dafür sehr gute Gründe gibt – und jeden so verlorenen Baum mindestens zu ersetzen. Dass dies in Essen nicht eingelöst wird, wirft ein weiteres schlech-



Grüne Hauptstadt – das war einmal. Jetzt ist sie eher etwas welk.

tes Licht auf Fähigkeit und Bereitschaft der Verantwortlichen in Verwaltung und Politik, sich den Zeichen der Zeit zu stellen. How dare you? P.S.: Achten Sie mal drauf – überall in der Stadt tauchen neuerdings Warnhinweise bzw. Informati-onstafeln an Bäumen auf, die der Kettensäge zum Opfer fallen sollen. Dort gibt es auch die eMail-Adresse eines Menschen, der von alledem wissen sollte und sich deshalb über Post freut, über Ihre und die Ihrer Freundinnen und Freunde sowieso. Klaus Blau

Dortmund hat's, Berlin kriegt's, Essen braucht's – ein Hochhauskonzept!

Es gab eine Zeit, in der Essen stolz war auf seine bescheidene Skyline. Anders als die anderen Städte in der größeren Nachbarschaft gab und gibt es in Essen nämlich eine erkleckliche Zahl von Hochhäusern – keineswegs wirklich riesig, weit entfernt von den Wolkenkratzern globaler Metropolen, aber immerhin eine anständige Hochhauskulisse, die dem Ruf und Selbstverständnis der Stadt entsprach, der Mittelpunkt der Region zu sein.



Stefan Hochstadt ist Soziologe und Stadtplaner, außerdem Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Doch mit dem Mittelpunkt ist es nicht mehr so weit her – Düsseldorf und Dortmund sind längst in Bezug auf die Zahl der Bewohner*innen an Essen vorbeigezogen. Die Zahl der

DAX-Konzerne geht laufend zurück, die Wirtschaftskraft ebenfalls. Da passt es ins Bild, dass in den letzten Jahren mehrere Hochhäuser – überwiegend aus der Zeit der Nachkriegsmode – verschwunden sind. Die Skyline ist löchrig geworden. Und da tauchen – reichlich unverhofft, im doppelten Wortsinn – zwei Hochhäuser

auf, die reichen, um eine ziemlich kleine Debatte anzufachen. Obwohl beide Häuser – das in der Huysenallee und das in der Steeler Straße – nur „kleine“ Hochhäuser mit knapp 60 Meter Höhe sind und damit an anderer Stelle im Schatten echter Hochhäuser stünden, entzündet sich an ihnen der Unmut der sich zu Wort mel-

denden Stadtgesellschaft (zum Vergleich: das Essener Rathaus ist mit 106 Metern deutlich höher). Mit dem Hochhäuschen in der Huysenallee wurde allen Ernstes die Gefahr einer Ghettoisierung gesehen. Das Hochhaus in der Steeler Straße, das sich als schlanke Scheibe mit einer klaren Rasterung präsentiert, wird als die historische und zweifelsohne bedeutsame Nachbarbebauung (mit Synagoge und Kirche) erdrückend abgelehnt.

Hier ist nicht der Platz, in eine – offensichtlich dringend notwendige – Debatte um Architektur und Städtebau im 21. Jahrhundert zu treten. Hier soll lediglich dafür plädiert werden, dass die Stadt die beiden genannten Beispiele und die darob entfachte Debatte zum Anlass nimmt, ein Konzept zu entwickeln, das den Titel „Essen 2050“ tragen könnte und dessen zentraler Bestandteil eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit Hochhäusern

zu sein hätte. Diese Fragen wären dort zu beantworten: Will die Stadt Essen neue Hochhäuser? Wenn ja, wo sollen sie stehen dürfen und wie sollen sie aussehen? Wie hoch dürfen sie sein und welche Nutzungen können sie beherbergen? Welche Widerstände sind zu bedenken und wie ist damit umzugehen? Welchen Beitrag sollen und können sie leisten für einen zukunftsfähigen Städtebau? Kurz: Ist Essen in der Lage, sich im Hochbau auch anders zu denken als es die allermeisten Neubauvorhaben nahelegen, nämlich maximal drei- bis fünfgeschossig?

Dieses Konzept gäbe der Stadtgesellschaft die Möglichkeit, sich in einem zukunfts- und ergebnisoffenen Prozess einzubringen. In Dortmund gibt es übrigens seit mehr als zwanzig Jahren ein Hochhauskonzept, in dem ganz klar steht, wo und wo nicht Hochhäuser stehen dürfen und auch stehen sollen. In Berlin wird ganz aktu-

ell ein solches Konzept entwickelt, vor allem aufgrund des steigenden Drucks auf den Märkten und den „internationalen Investoren“, die mit den Füßen scharren. In München, wo vor 15 Jahren der Beschluss gefasst wurde, kein Haus höher zu bauen als die Türme der „Frauenkirche“ (mit 99 Metern höher als die allermeisten Hochhäuser in Essen), wird seit einiger Zeit ernsthaft darüber diskutiert, ob dieser Beschluss heute noch trägt und ob es nicht an ausgewählten Standorten der topfebenen Stadt nicht doch Hochhausensembles geben könnte – auch um städtebauliche Akzente zu setzen, die einerseits das Bild einer modernen und mutigen Stadt transportieren, andererseits das baukulturelle Erbe respektieren und keine Blickachsen verstellen. Immerhin diesen Vorteil hat Essen gegenüber München (oder Köln): Hier gibt es kaum baukulturelles Erbe, das von neuen Hochhäusern negativ berührt werden könnte.

Wohnen ist eine Notwendigkeit, nicht zu wohnen keine Option. Auch wenn es kein Grundrecht auf Wohnen, sondern nur auf die „Unverletzlichkeit der Wohnung“ (GG, Art. 13) gibt, steht doch außer Zweifel, dass eine Wohnung zu den grundlegendsten Dingen des Lebens zählt. Während die meisten anderen Produkte irgendwie ersetzbar sind, gilt dies für die Wohnung nicht. Deshalb ist Wohnen ein „Königsgut“, also etwas, das sich im Grunde nicht ersetzen lässt.

Zu wohnen heißt über eine Wohnung zu verfügen. In einer Gesellschaft, in der Wohnungen als Wirtschaftsgut gehandelt werden, bedeutet dies wiederum, dass Wohnen nur gegen Geld möglich ist. Wer über kein Geld oder nicht genügend Geld verfügt, kann sich am Wohnungsmarkt nicht oder nicht angemessen mit Wohnraum versorgen.

Um innerhalb dieser Logik von Wohnungen als Wirtschaftsgut die schlimmsten Auswirkungen zu verringern, gibt es die sog. Objekt- und die Subjektförderung.

Mit der Subjektförderung ist gemeint, dass die öffentliche Hand den Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen („Sozialwohnungen“) fördert, z.B. über Zuschüsse oder günstige Darlehen. Die Wohnungen werden dann aber trotzdem ganz überwiegend in privater Verantwortung errichtet und verbleiben entsprechend in privatem Eigentum. Für die Dauer von mehreren Jahren oder sogar Jahrzehnten müssen die so geförderten Wohnungen zu einem Preis vermietet werden, der üblicherweise unter dem vergleichbaren frei finanzierten Wohnungen liegt. Nach Ende der Mietpreisbindung steht

Soziale Spaltung mit dem Mietspiegel

es dem Eigentümer frei, die marktübliche (also für gewöhnlich höhere) Miete zu verlangen. Die Subjektförderung dagegen unterstützt die eine Wohnung suchenden und mietenden Menschen. Das sog. Wohngeld wird an Menschen ausgezahlt, die sich selbst nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können, weil sie nicht genügend Geld haben. Diese Unterstützung wird aber nur auf entsprechenden Antrag gezahlt, so dass der Kreis derer, die sie bekommen, deutlich kleiner ist als die Zahl der Anspruchsberechtigten.

Am intensivsten ist der Einfluss der öffentlichen Hand bei Menschen, die Leistungen nach SGB II („Hartz IV“) oder SGB XII (Grundsicherung) erhalten. Da der monatlich ausgezahlte Betrag definitiv lediglich die laufenden Kosten des Lebens deckt, müssen die Kosten, die für das Wohnen entstehen, gesondert verrechnet werden. Die sog. Kosten der Unterkunft (KdU) sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich und orientieren sich an den lokalen Mietmärkten. Dafür werden üblicherweise qualifizierte Mietspiegel erstellt, mit denen die vor Ort zu zahlenden Mieten systematisch erfasst werden. Die so erfassten Mieten beziehen sich aber nur auf sog. Nettokaltmieten, also auf die reine Miete ohne Heiz- und sonstige Nebenkosten. Dieser öfter als „zweite Miete“ bezeichnete Kostenblock variiert über die verschiedenen regionalen Mietmärkte zwar weniger als die Grundmiete, weil sie gewissermaßen nicht der Preis für das Wohnen, sondern Kosten für den Betrieb der Wohnungen sind.

Gleichwohl gibt es Unterschiede in Abhängigkeit vom Alter des Hauses, der Ausstattung der Wohnung und des Hauses (Aufzug, technische Anlagen usw.) sowie dem Energiebedarf (als Ergebnis von Isolierung / Dämmung, Heizsystem und -bedarf). Landesweit wird ein Eckwert von 2,04 € „kalte Nebenkosten“ je Quadratmeter und Monat unterstellt. In diesen Betrag fließen sämtliche umlagefähige Kosten ein, jedoch nicht die Heizkosten, die gesondert verrechnet werden. Umlagefähige Kosten sind im Grunde alle dem Eigentümer entstehenden Kosten, die er an den Mieter weiterreicht. Ausgenommen sind die Verwaltungs-, Instandhaltungs- und alle nicht regelmäßigen Kosten.

So weit so normal. Konflikte entstehen dann, wenn die von der öffentlichen Hand behaupteten lokalen Preise an der Realität vorbeigehen. Dies ist mindestens in Essen ganz entschieden der Fall. Bezogen auf die als angemessen unterstellte Wohnfläche ergeben sich diese Nettokaltmieten:

1 Person = 50m ² = 258,00 = 5,16 €/m ²
2 Person = 65m ² = 325,65 = 5,01 €/m ²
3 Person = 80m ² = 400,80 = 5,01 €/m ²
4 Person = 95m ² = 485,45 = 5,11 €/m ²
5 Person = 110m ² = 584,10 = 5,31 €/m ²
6 Person = 120m ² = 650,40 = 5,42 €/m ²
7 Person = 130m ² = 724,10 = 5,57 €/m ²
8 Person = 140m ² = 793,80 = 5,67 €/m ²
9 Person = 150m ² = 858,00 = 5,72 €/m ²

jeweils zuzüglich 2,04 € je tatsächlichen Quadratmeter für die kalten Nebenkosten plus die tatsächlich anfallenden Heizkosten, sofern sie „in üblicher Höhe“ anfallen.

Allen, denen der Essener Wohnungsmarkt einigermaßen bekannt ist, ist vollkommen klar,

dass mit den o.g. Bewilligungsmieten keine irgendwie zeitgemäße Wohnung zu bekommen ist. Tatsächlich liegen die Angebotsmieten in allen Essener Bezirken deutlich darüber.

Die günstigsten Angebotsmieten im Bestand (also ohne Neubau) gibt es laut Engel- und Völkers (basierend auf Daten von Empirica) in Altendorf, Altenessen-Süd, Nordviertel mit 6,61 €/m². In Frohnhausen, Westviertel lagen sie im Jahr 2018 bei 6,65 €. In Katernberg, Bochold, Altenessen-Nord bei 6,68 €. In allen anderen Vierteln lagen die Angebotsmieten im letzten Jahr mindestens bei knapp sieben Euro, in Rüttenscheid, Bredeney und Werden sogar bei 8,33 €. Statista behauptet für das 1. Quartal 2019 eine durchschnittliche Angebotsmiete für Essen insgesamt von 7,08 €/m².

In Essen existiert ein qualifizierter Mietspiegel, jedoch kein Betriebskostenspiegel, so dass nach einem Urteil des Landesozialgerichts die Betriebskosten des Landes NRW als maßgeblich gelten. Dies ist insbesondere deshalb bemerkenswert, als die Stadt Essen vor einigen Jahren einen eigenen Betriebskostenspiegel erstellen wollte mit der erklärten Absicht, Geld einzusparen. Es darf begründet gemutmaßt werden, dass die Information über die tatsächlichen Betriebskosten in Essen längst vorliegen, sie jedoch nicht niedriger, sondern höher als die des Landesbetriebskostenspiegels sind, so dass sie unter Verschluss gehalten werden. Mindestens jedoch ist das Vorhaben aufgegeben worden.

Der qualifizierte Mietspiegel unterteilt Essen in fünf Lagekategorien von eins (für Lagen mit den größten Nachteilen) bis fünf (für Lagen mit den größten Vorteilen).

Der Basiswert des Essener Mietspiegels unterscheidet allein nach Baujahr. Selbst in der günstigsten Baujahrsklasse (Baujahr bis 1918) beträgt der Basiswert 5,73 €/m². Eine Wohnung, die 2009 oder später errichtet wurde, hat einen Basiswert von 8,63 €/m². Nur wenn Lagenachteile hinzukommen, wird eine Wohnung bezahlbar gemäß Bewilligungsmietentabelle. Angenommen eine Altbauwohnung von 1917 liegt in der schlechtesten Kategorie 1, so muss der Basiswert mit 91 Punkten verrechnet werden und sie kostet dann (5,73 x 0,91) 5,21 €/m². Eine Wohnung des Baujahrs 1980 in einer mittleren Lage der Kategorie drei (6,59 x 100) kostet 6,59 €/m².

Da z.B. sämtliche Straßen in Rüttenscheid mindestens der Kategorie vier, meistens sogar der Kategorie fünf zugeordnet sind, sind sämtliche hier angebotene Wohnungen für „KdU-Empfänger“ nicht erschwinglich.

Insgesamt fällt eine außerordentlich starke Zuweisung von einfachen Lagen (eins und zwei) in die migrantischen Viertel Essens auf. Die guten Lagen (vier und fünf) liegen dagegen ganz überwiegend in den bürgerlichen Quartieren südlich der A40. Auf diese Weise trägt der Mietspiegel zumindest latent zu einem weiteren Auseinanderfallen der sozialen Mischung in Essen bei.

Grotesk wird der Mietspiegel

bei der Punktezuweisung entlang der Wohnungsgrößen. Allein Wohnungen zwischen 56 und 91 Quadratmetern haben mit 98 bzw. 99 Punkten Werte, die den Basiswert ganz leicht nach unten korrigieren. Alle anderen Wohnungsgrößen werden mit bis zu 116 Punkten bewertet. Gerade sehr kleine und sehr große Wohnungen werden so deutlich teurer als es der Basiswert nahelegt. Für eine moderne Wohnung in Lagekategorie 5 kommt der „Mietspiegelrechner“ der Stadt Essen schnell auf eine Nettokaltmiete von mehr als 12,50 €/m².

In der Praxis führen die niedrigen Bewilligungsmieten dazu, dass die Menschen kleinere Wohnungen beziehen, so dass die Gesamtbelastung innerhalb der festgelegten Grenzen bleibt. Zwar ist die strikte Quadratmeterobergrenze nicht mehr anwendbar, tatsächlich kann es nur ausnahmsweise gelingen, eine größere Wohnung für den erlaubten Preis anzumieten (und die Nebenkosten beziehen sich weiterhin auf die Quadratmeterobergrenzen).

Die Grundmieten, die Neben- und die Betriebskosten der Wohnungen in Essen sind längst so hoch, dass jeder Umzug zu einer Erhöhung der Wohnkosten führt. Selbst Familien, denen eine deutlich größere Wohnung zustünde, können diesen Anspruch vor dem Hintergrund der hohen und darüber hinaus dynamisch steigenden Mieten nicht mehr umsetzen.

Es wäre naiv anzunehmen, die zuständigen Ämter würden dies nicht wissen. Aber auf diese Weise wird an den Bedürftigsten gespart, die in zu kleinen Wohnungen in älteren und nicht aktualisierten Gebäuden in schlechten Lagen leben müssen.

Stefan Hochstadt

Bestandsaufnahme:

Was ist denn in den Köpfen der deutschen Rechten los?

Wer sich gegen rechten Terror engagiert, sollte sich auch mit dem neonazistischen Weltbild auseinandersetzen.

von Theresa Brücker

Im Nachgang des Anschlags von Halle wird in der Berichterstattung häufig versucht, antimuslimischen Rassismus zu legitimieren, indem muslimischen Menschen Antisemitismus zugesprochen wird. Das versucht, beispielsweise, Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE, in einem Kommentar in der WELT. Diese Herangehensweise ignoriert völlig die tatsächliche Wurzel des Terrorakts in Halle: Rassismus und Anfeindungen gegen Menschen, die nicht ins Weltbild eines Neonazis passen. Aber was ist denn das Weltbild eines Neonazis? In aller Regel sind die ersten Betroffenen von rechter Gewalt sowohl die muslimische als auch die jüdische Bevölkerung Deutschlands sowie alle Menschen, die nicht weiß sind, die nicht „deutsch“ aussehen.

Zu weiteren potenziellen Zielgruppen gehören Roma und Sinti. Hetze gegen sie wird auch als Antiziganismus bezeichnet. Außerdem gibt es auch immer wieder Anfeindungen gegen Linke oder Menschen, die sich mit Opfern von Vertreibung und Rassismus solidarisieren und ihnen helfen, Gewalt gegen Wohnsitzlose und Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen.

Aber eben nicht nur stramme Neonazis bedienen dieses Weltbild: Karsten Hilde, Mitglied des Bundestages für



Die Autorin ist Mitglied des Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE Essen

die „bürgerliche“ AfD spricht in entmündigender und herabwürdigender Rhetorik Greta Thunberg ihr Urteilsvermögen ab, weil sie eine autistische Erkrankung hat. Dass das nichts zur Klimadebatte beiträgt, für die sich Greta Thunberg einsetzt, ist ihm egal. Es ist ein gezielter Angriff gegen die Aktivistin selbst und nicht gegen ihre Argumente.

Die Axel Springer SE bedient dieses Weltbild ebenfalls. Hetze gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund findet sich regelmäßig in ihren Zeitungen. Gerne werden dann Erwerbslosigkeit oder Kriminalität mit Herkunft in Verbindung gebracht. Es wird niemand öffentlich als „Untermensch“ bezeichnet, aber das Hervorheben einzelner Merkmale

suggestiert diese unhaltbare Verbindung.

Der letzte Punkt ist wichtig, weil in ihm der rechtsterroristische Hass gegen arme Menschen begründet ist. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Nützlichkeit werden am Leistungsvermögen gemessen, andere Aspekte beinahe vollständig ausgeblendet oder delegitimiert. Das passiert häufig, obwohl die Würde des Menschen in Deutschland unantastbar sein soll – unabhängig von Status, Einkommen und Vermögen.

Um nachzuvollziehen, dass eine „bürgerliche“ Stimme wie die Döpfners genau die Argumente aufgreift, die auch Neonazis nutzen, müs-

sen wir uns auch mit den Weltbildern und Argumenten der Rechten auseinandersetzen.

Diskriminierung, gegen wen auch immer, warum auch immer, beginnt überall in der Gesellschaft, befeuert aber auch immer rechtsradikale Ideen und Denker. Niemand wacht eines Morgens auf und beschließt, Rechtsterrorist*in zu werden. Es gibt immer ein soziales Netz, ob es nun aus realen Menschen oder virtueller Interaktion besteht, wie im Fall von Stephan B. aus Halle. Diskriminierung kann in vielen Formen auftreten. Es sind rassistische Witze, den Nationalsozialismus verharmlosende Kommenta-

Würde des Menschen unantastbar?

re, Stammtischrhetorik à la „Das wird man doch nochmal sagen dürfen!“ Die Zeit titelte im Juli 2018 „Oder soll man es lassen?“ und setzte ein Bild von einem überfüllten Schlauchboot im Mittelmeer darunter. Die AfD und Pegida behaupten stur, dass ihre Positionen unerwünscht und verboten sind, dabei sitzen sie schadlos im Bundestag und in vielen Talkshows. Widerworte werden als Beleg für eben diese angeblichen Verbote genutzt, genau so Medien, deren Berichte frei von rechter Propaganda bleiben.

Es wäre falsch zu behaupten, dass alle AfD-Wähler Rassist*innen wären, aber es muss klar sein, dass die rassistischen Teile der AfD jeden Wähler auf ihrer Seite sehen. Jede*r Unterstützer*in der AfD unterstützt auch Antisemit*innen, ob sie*er will oder nicht.

An diesem Punkt kommen wir zu einem weiteren Problem: So schreibt beispielsweise die AfD Landkreis Rostock in ihrem Antrag zum „Überfremdungsnotstand“, dass sie Rassismus klar ablehnt. Überfremdung, ein Wort, das es erst durch rechte Argumentation überhaupt in unseren Wortschatz geschafft hat, soll aber gleichzeitig nicht rassistisch gemeint sein. Der Blick für eigene Vorurteile fehlt vollständig.

Es ist egal, ob unsere Vorannahmen nun freundlich sind, wie etwa die Behauptung, Menschen aus Lateinamerika hätten Rhythmus im Blut, oder böswillig, wie die Auffassung, Muslime seien von Haus aus Antisemiten oder gegen Feminismus. Wir müssen uns immer wieder fragen, welche vorgefertig-

te Meinung wir selbst Menschen anderer Nationalitäten, Religionen, Klassen und so weiter entgegenbringen. Und wir müssen einander helfen, unsere Vorurteile zu sehen und abzubauen.

Wir müssen als Antifaschist*innen viel Bildungsarbeit leisten, ob nun in unseren Familien, der Schule oder Uni, dem Arbeitsplatz oder in unserer eigenen Partei. Wir müssen Tag für Tag zeigen, dass wir keine Form von Diskriminierung akzeptieren und wir müssen erklären, wo Diskriminierung beginnt. Nicht jede*r Alltagsrassist*in ist schon strammer Neonazi mit einem geschlossenen rechten Weltbild, auch wenn die Übergänge fließend sind.

Erfolgreiche antifaschistische Arbeit beruht neben lauten, bunten Protesten durch breite Bündnisse zu einem großen Teil auch auf Aufklärung. Aber neben Angeboten an Bildungseinrichtungen brauchen wir in Essen zum Beispiel auch gute Nachbarschaftsprojekte.

Nicht jeder wird freiwillig zu einem Vortrag oder Workshop gehen, deswegen muss der erste Schritt direkte, persönliche Ansprache sein. Haustürgespräche bilden dafür die Grundlage, werden aber bis jetzt viel zu selten als Mittel der Wahl gesehen. Dabei kann man gerade hier auch Menschen erreichen, die sich noch nicht mit Themen wie Rassismus und Diskriminierung auseinandergesetzt haben. Wenn wir hier den Knackpunkt finden, über den wir Solidarität aufbauen können, haben wir die Möglichkeit, ganze Straßenzüge zu antifaschistischen Projekten zu machen.

Fehlende Kitaplätze? Ein Dauerzustand!

Die Zahl fehlender Betreuungsplätze in Essen für Kinder hat einen neuen Höchststand erreicht. Im laufenden Kindergartenjahr gibt es in Essen rund 3000 Plätze zu wenig. Die Versorgungsquote bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren sinkt erstmals unter 90 Prozent, obwohl sie eigentlich bei annähernd 100 Prozent liegen müsste.



Die Stadt begründet die immer größer werdende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Kinderbetreuung u.a mit einem erneuten Zuwachs bei der Zahl von Kindern.

Es ist versäumt worden, frühzeitig neue Kitas zu bauen und für ausreichend Personal zu sorgen. Aber die Versäumnisse gehen leider

immer noch weiter. In den vergangenen Jahren argumentierte man immer gerne mit der ansteigenden Geburtenrate. Doch schließlich bedarf es keiner besonderen Fähigkeit um zu wissen, dass Kinder, die jetzt auf die Welt kommen, in spätestens drei Jahren einen Kitaplatz brauchen werden. Zumal die Ge-



Ezgi Güyildar ist Ratsmitglied für DIE LINKE Essen

burtszahlen 2018, das dritte Jahr in Folge über 5.900 liegen. Nach den vom Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen ermittelten Zahlen brachten im Jahre 2018 Essenerinnen 5.901 Kinder zur Welt. Das heißt im Grunde gesehen, man kann sich ausrechnen, wie viele Kinder in zwei Jahren einen Kitaplatz

brauchen werden und wie viel gebaut werden muss. Ein weiteres Problem besteht darin, dass nicht alle Plätze, die für das Jahr 2019 in Aussicht gestellt wurden, tatsächlich realisiert wurden. Knapp die Hälfte der 1500 zusätzlichen Betreuungsplätze, die es seit dem Sommer 2018 eigentlich geben müsste, gibt es noch gar nicht – entweder, weil sich Bauarbeiten neuer Kitas verzögern. Oder, weil Plätze, die angekündigt wurden, nicht eingerichtet werden konnten. Mit ähnlichen Problemen entstanden in den letzten Jahren Lücken, die immer größer wurden.

Aus diesem Grunde lud Oberbürgermeister Kufen im Mai zu einem Kitagipfel ein, bei dem viele Beteiligte zusammenkamen, um neue Möglichkeiten zu erwägen und um ins Gespräch zu kom-

men. Was sich daraus entwickeln wird, bleibt abzuwarten, jedoch steht jetzt schon fest: Es geht viel zu langsam voran!

Zwar werden mit der fünften Staffel des Kita-Ausbauprogrammes, welches im Rat beschlossen wurde, weitere 420 Plätze geschaffen. Jedoch reichen diese nicht einmal annähernd aus. Auch in den vergangenen Jahren konnte die Versorgungsquote nicht eingehalten werden. Diese lag noch im Kindergartenjahr 2013/2014 bei 96,9 Prozent bei den Über-Dreijährigen und bei 31,3 Prozent bei den Unter-Dreijährigen. Aktuell liegt sie nur noch bei 93,3 Prozent bei den Über- und bei 36,1 Prozent bei den Unter-Dreijährigen.

Die Anzahl der benötigten Kitaplätze wird höher sein, da auch Kinder, die gerade

in Brückenprojekten untergebracht sind, auch „normale“ Kitaplätze brauchen werden.

Eine ausreichende Versorgung mit Kitaplätzen sorgt für bessere Bildungschancen und Integration sowie für bessere Berufschancen besonders für Alleinerziehende. Gemeinsames Lernen mit Gleichaltrigen fördert soziale Kompetenzen und trägt so zu einer gesunden Entwicklung von Kindern bei. Für Väter und Mütter hätte eine bessere Betreuungsquote einen weiteren positiven Effekt. Sie könnten dadurch Kinder und Beruf besser unter einen Hut bringen und vor allem würde es bessere Berufschancen für Alleinerziehende bedeuten. Frühkindliche Bildung ist die Basis für eine positive gesellschaftliche Entwicklung. Aus diesem Grunde brauchen wir gute, gebührenfreie Kitas für alle!

„Wer vom Kapitalismus nicht sprechen will, sollte vom Klimaschutz schweigen“

Klimakonferenz der Essener LINKEN:

Mit 40 Personen war die erste Klimakonferenz der Partei DIE LINKE in Essen gut besucht. Auf der Klimakonferenz wurden unter Anderem Workshops zur Müllvermeidung und veganem Leben angeboten. Dabei war es den Referierenden wichtig, zu signalisieren, dass das alleine nicht reichen würde, um den Klimawandel aufzuhalten.

Farina Kerekes und Leon Günselmann beschäftigten sich mit der Frage des kritischen Konsums: Kann man durch bewusste Kaufentscheidung, also der sogenannten Konsumentenmacht, die Gesellschaft verändern und Klimaschutz erzwingen? Nein, war die Antwort am Ende des 90-minütigen Workshops. Zwar spräche nichts gegen einen umweltbewussten Lebensstil, doch die „Privatisierung“ des Widerstands gegen den Klimawandel sei nicht mehr als ein homöopathisches Globuli gegen den Klimawandel. Eines der Highlights der Klimakonferenz war der Vortrag des Bundestagsabgeordneten Hubertus Zdebel. Das aus Münster stammende Mitglied der Linksfraktion machte in seinem Vortrag zum Kohleausstieg klar, dass lediglich die Kapitalinteressen einem schnellen Abschalten der Kohlemeiler im Wege stünden. Wer das Klima und die Umwelt schützen wolle, müsse sich mit dem Wirtschaftssystem anlegen. Denn solange die Menschheit so wirtschaftet, dass der Profit und nicht der Bedarf im Mittelpunkt stünde, könne sie nicht das Klima retten. Gemeinsam mit Daniel Kerekes, dem Sprecher des Kreisverbandes Essen der Partei DIE LINKE, diskutierten engagierte Umweltschützer*innen über die Möglichkeiten des Öffentlichen Nahverkehrs und wie man diesen in Essen, aber auch bundesweit verbessern könnte. Kerekes forderte einen schnellen „Ausbau der Tangente in Essen, den Ausbau der Straßenbahn in bisher nicht angebundene Stadtteile, die Verbesserung der Taktzeit vor allem abends und in spätestens fünf Jahren einen fahrscheinlosen Nahverkehr“. DIE LINKE will sich nun gemeinsam mit ihrem Arbeitskreis Nahverkehr und der Arbeitsgruppe Klima stärker mit Aktionen in die Debatte einbringen.



Hubertus Zdebel und Karoline Heilmann auf dem Podium

Yannick Metzloff, Mitglied im Kreisverband der Essener Linken, referierte über die systemischen Gründe der Umweltzerstörung. „Der Kapitalismus funktioniert nur, wenn er Mensch und

Natur ausbeuten kann. Sobald dies nicht mehr der Fall wäre, würde das System zusammenbrechen.“ Hubertus Zdebel war gerne zu Gast in Essen: „Ich komme sehr gerne nach Essen. Das ist ein aktiver und solidarischer Kreisverband, der sich für eine bessere Welt einsetzt. Die Klimakonferenz gefiel mir sehr, gerne mehr davon.“

Den Abschluss der Konferenz war eine energische Rallye mit Bernhard Trautvetter vom Essener Friedensforum, Levi Camatta von Fridays for Future Essen und Theresa Brücker von DIE LINKE Essen.

Alle drei machten deutlich, dass die regierenden Parteien die Klimafrage nicht ernst nehmen würden und dass es einen schnellen, radikalen Wandel bräuhete, um den Klimakollaps zu verhindern. Dabei müsse man auch andere Themen, wie das Militär, mitemdenken, da z.B. alleine das US-Militär einen CO₂-Ausstoß hat, der so groß ist wie der von Portugal.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Klimakonferenz nur ein Beitrag gewesen sein kann, es aber nun noch mehr als bisher als bisher d a r -

auf ankommt, die Systemfrage zu stellen und penetranter darauf hinzuweisen, dass Widerstand gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlage unumgänglich ist. System Change, not Climate Change, lautet die Devise. DIE LINKE Essen ist dabei!



Podiumsrede bei der Klimakonferenz 2019

von Theresa Brücker

Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte der Menschheit gab es eine Krise wie die Klimazerstörung. Wir befinden uns in einem Kampf gegen unsere eigene Lebensgrundlage. Und wer genau hinschaut, merkt, dass es nicht ein Fehler im System ist. Das System selbst ist der Fehler. Denn wirt-



sumieren: Siegel für Tierwohl oder vom Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl sind nichts als Augenwischerei.

In Indonesien wird weiterhin Regenwald mit Feuer gerodet, damit dort Palm-Monokulturen angebaut werden können. Es wird Landraub betrieben und die Bevölkerung ist abhängig von schlecht bezahlten Jobs auf diesen Plantagen. Das ist bekannt und leicht nachzuweisen, doch Unternehmen wie Unilever oder Nestlé behaupten stur, es gäbe keine Brandrodungen oder Kinderarbeit und sie würden den Lebensstandard ihrer Arbeiter*innen sogar stetig verbessern. Auch in Brasilien gibt es einen brutalen und systematischen Kampf gegen die Ureinwohner, die den Regenwald schützen wollen. In den vergangenen Wochen machten die Brände im Regenwald Schlagzeilen. Und so schlimm wie diese Brände sind, so muss uns bewusst sein, dass es zum Alltag gehört. Niemand verdient Geld, wenn der Regenwald einfach nur wächst. Weidewirtschaft, Plantagen, damit gibt es

Und dass sich etwas ändern muss, da stimmen die meisten Menschen zu. Und viele versuchen, wenigstens ein bisschen was zu tun: weniger Fleisch, dafür mehr Bio und Fair Trade. Auf Nachhaltigkeitsiegel achten. Second Hand kaufen. Plastik vermeiden. Und während all das gute Vorsätze sind, reicht es nicht aus. Denn es verschiebt den Kampf, den wir führen, ungerechterweise in unseren Einkaufswagen. Und egal, wie sehr wir uns abmühen und wie viel wir auch kon-

sumieren: Siegel für Tierwohl oder vom Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl sind nichts als Augenwischerei.

Profite. Und wer sich dem entgegen stellt, wird eingeschüchert, bedroht oder umgebracht. Hier bei uns, in Essen, haben wir RWE. Auch wenn RWE Windkraftanlagen betreibt, so ist ihr Kerngeschäft weiterhin die Kohle. Es wird häufig behauptet, dass sie unverzichtbar für unsere Stromversorgung sei. Noch dazu ist es angeblich die günstigste Form der Stromerzeugung. Dass das falsch ist, zeigen Berechnungen des Instituts für ökologische soziale Marktwirtschaft: die gesellschaftlichen Kosten für Braunkohle und ihre Verstromung beliehen sich allein 2015 auf rund 15 Milliarden Euro. Darunter fallen gesundheitliche Probleme durch Feinstaub und Giftstoffe, die Sanierungskosten für ehemalige Tagebaue oder auch Schäden an Häusern in der Umgebung, wie etwa abgeackte Terrassen und feuchte Keller. Für dieses Jahr erwartete RWE Gewinne von bis zu 1,7 Milliarden Euro durch Braunkohle und Atomkraft. Aber wir tragen schon jetzt die Kosten für RWE! Auch wenn sie planen, der größte Erzeuger von grünem

Klimakonferenz 2019

Familien seit tausenden von Jahren in den unterschiedlichsten Gegenden der Welt leben. Auch Rassismus gegen eben diese indigene Bevölkerung spielt beim Umweltschutz eine große Rolle.

Planet ist ihnen egal: Denn wenn sie sich nicht an die Spielregeln der kapitalistischen Wirtschaft halten, dann gehen sie gnadenlos unter. Das System lässt ihnen kaum Spielraum: Profit generieren oder den Job verlieren.

Andere seltene Erden, deren Abbau genauso schädlich ist und jedes Jahr zahllose Menschenleben in Minen und Tagebauen kostet, werden in unseren Handys und Computern verbaut. Jeder kennt das Phänomen, dass besonders neuere Modelle oft nach wenigen Jahren kaputt sind. Reparaturkosten übersteigen häufig die Kosten einer Neuausschaffung, also lieber gleich ein neues, besseres, schnelleres Mobiltelefon?

Und doch ist es unsere Aufgabe, sie zu zwingen, Menschenrechte und Umweltschutz nicht mehr nur als optional anzusehen. Menschenrechte und Umweltschutz sind die Grundlage, auf der jede Zusammenarbeit fußen muss. Klimarechtigkeit oder Barbarei! Nicht wir sind das Problem, aber wir werden das Problem lösen. Auf der Straße, auf Konferenzen und Kongressen, im Hambacher Forst, in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Das Problem sind Eigentümer und Manager mit Gewinnen in Millionenhöhe. Ihre Firmen tragen Verantwortung für Ökatasstrophen, Zerstörung ganzer Landschaften, wie etwa im rheinischen Braunkohlerevier, Vernichtung von fruchtbaren Böden durch Pestizide und andere Gifte, Waldsterben und -brände, Vertreibung indigener Bevölkerung, Kinderarbeit, Wasserverknappung, Hungersnöte und bittere Armut.

Die Entscheidung für eine Reparatur wäre die ökologischere, doch ist es wohl kaum die Schuld von Konsumenten, wenn Produkte so konzipiert sind, dass ihre Reparatur schwierig und teuer ist. Es ist Kalkül: Je mehr Handys verkauft werden, desto mehr Gewinn für die Konzerne, zulasten unseres Planeten und der Menschen.

Egal, wie weit weg die Ausbeutung ist, sei es die von Menschen oder die der Natur. Auch wir hier im wohlbehüteten Europa spüren ihre Auswirkungen. Es ist Zeit für eine Veränderung.

Es ist Zeit für eine Veränderung

Veränderung. Wenn wir aber glauben, dass unsere individuellen Kaufentscheidungen diese Welt retten, können wir uns gleich einen biologisch abbaubaren Sarg kaufen und uns vergraben lassen. Nicht wir sind das Problem, nicht ob wir eine Zahnbürste aus Plastik oder aus Bambus kaufen, das Problem sind die Konzerne. Gegen sie müssen wir kämpfen. Ihre Versprechungen sind nichts als Halbwahrheiten und Lügen, die ihre Gier nach immer mehr Profit verschleiern sollen. Es ist ihnen egal, wer stirbt. Tiere, Menschen, selbst der

Wir sind nicht das Problem. Aber wir geben deswegen auch nicht auf. Wir machen weiter. Gerade hier in Essen können wir gegen RWE kämpfen. Unsere Stadt besitzt die meisten Aktien an diesem dreckigen Konzern. Oberbürgermeister Kufen sitzt im Aufsichtsrat.

Wir haben schon jetzt viele Verbündete. Es geht um unsere Zukunft. Lasst uns Druck ausüben. Lasst uns laut sein. Wir vertrauen nicht auf leere Worte, wir vertrauen nur auf Taten. Wir machen weiter, denn dieser Kampf ist ein Kampf um unser aller Überleben.

Ökologisch-phantastischer Nahverkehr

Der Autoverkehr, der so genannte motorisierte Individualverkehr, ist ein Auslaufmodell. Er nimmt in der Stadt zu viel Platz weg, ist eine CO₂-Schleuder, verschlechtert die Luftqualität und kostet uns in der Produktion zu viele Ressourcen.

Denn unsere Fahrzeuge sollten vielmehr „Stehzeuge“ heißen, bedenkt man, dass ein Auto den Großteil seines „Lebens“ geparkt auf der Straße oder in der Garage steht. In Essen werden 55% der Wege mit dem Auto zurückgelegt. Der Anteil der Fußgängerwege ist in den vergangenen 30 Jahren sogar um zehn Prozent auf 19 Prozent gesunken. Die neuen E-Scooter werden dafür sorgen, dass der Anteil der Fußgängerwege weiter zurückgehen wird. Doch was muss die Stadt tun, um den Nahverkehr so attraktiv zu gestalten, dass er eine echte Alternative zum Auto wird?

Was würde das für Essen bedeuten? Freisenbruch, Vogelheim oder Schonnebeck brauchen eine direkte Anbindung. Warum Straßenbahn und nicht Bus oder U-Bahn? Weil die Straßenbahn, wenn einmal gebaut, ökologischer, bequemer und pünktlicher fährt als ein Bus. Und weil die Straßenbahn im Unterhalt und Ausbau deutlich günstiger ist als U-Bahnen. Daneben bräuhete Essen mindestens eine, wenn nicht sogar zwei Ringbahnen, die es den Essener*innen ermöglichen würde, direkt in benachbarte Stadtteile zu fahren, ohne einen Umweg über die Innenstadt fahren zu müssen.

Neben dem Ausbau von Strecken muss die Taktzeit erhöht werden. Tagsüber muss alle fünf Minuten ein

Bevölkerung (71 Prozent) wollen einen kostenfreien Nahverkehr. Das ist nicht nur aus sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Gründen sinnvoll, sondern auch in fünf Jahren machbar und gerecht finanzierbar. Dafür müsste die Bundesregierung pro Jahr circa 15 Milliarden Euro investieren, um die Einnahmeausfälle durch den fahrscheinlosen Nahverkehr zu kompensieren, aber vor allem, um das Bus- und Bahnnetz auszubauen. Refinanzieren könnte man dies alleine durch die Abschaffung jeglicher Dieselpflichter, die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs sowie einer Sonderabgabe der Autoindustrie für fünf Jahre.

Wir müssen die Straßenbahn in jede Ecke der Stadt führen. Auch Stadtteile wie Haarzopf, Freisenbruch, Vogelheim oder Schonnebeck brauchen eine direkte Anbindung. Warum Straßenbahn und nicht Bus oder U-Bahn? Weil die Straßenbahn, wenn einmal gebaut, ökologischer, bequemer und pünktlicher fährt als ein Bus. Und weil die Straßenbahn im Unterhalt und Ausbau deutlich günstiger ist als U-Bahnen. Daneben bräuhete Essen mindestens eine, wenn nicht sogar zwei Ringbahnen, die es den Essener*innen ermöglichen würde, direkt in benachbarte Stadtteile zu fahren, ohne einen Umweg über die Innenstadt fahren zu müssen.



Zweimal dieselbe Kreuzung: Alfredstraße/Martinstraße wie sie ist – und wie sie sein könnte.



Bus oder eine Bahn fahren – auch in den Außenbereichen, wo heute besonders oft der PKW-Verkehr entsteht, der die Innenstadtbereiche belastet.

Abends muss die Bahn häufiger fahren: eine Großstadt, in der die Straßenbahnen ab 21 Uhr nur noch alle 30 Minuten fahren (und ab 23.00 oder spätestens 24.00 Uhr überhaupt nicht mehr), ist keine Großstadt und vor allem ist es kein Anreiz, vom Auto auf die Schiene umzusteigen, ganz im Gegenteil. Vor allem nicht für Menschen, die im Schichtdienst oder Einzelhandel arbeiten, der nicht erst seit gestern Öffnungszeiten bis 20 Uhr und länger hat.

Die Stadt Essen hat in ihrem „Handlungskonzept Modal-Split 2035“ wenige ehrgeizige Ziele für den Nahverkehr entwickelt. Der Takt soll verdichtet werden, Rad und Nahverkehr zusammen gedacht werden und überhaupt soll mehr Geld in Bus und Bahn fließen, aber: alles steht unter Finanzierungs-vor-be-

halten und die Ideen greifen zu langsam. Wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen und gleichzeitig gute Mobilität gewährleisten möchten, muss der Ausbau von Bus- und Bahnstrecken, der Radwege und deren Qualität deutlich schneller von statten gehen.

Und wir uns müssen den Platz vom Auto zurückholen: Umweltschritte für Wasserstoff-Busse und breite, abgetrennte Radwege müssen das Bahnnetz ergänzen.

Durch den Ausbau von erneuerbaren Energien wären Bus und Bahn sogar klimaneutral zu betreiben. Doch die GroKo geht es nicht an. Vielleicht, weil viele der Ratsherren und der leitenden Verwaltung lieber die Diesellimousine fährt? Stattdessen hängt die Stadt Essen noch immer in den 1970er Jahren fest, wo SPD und CDU die Zukunft in der „Stadt für Autos“ sahen.

Die Stadt Essen hat in ihrem „Handlungskonzept Modal-Split 2035“ wenige ehrgeizige Ziele für den Nahverkehr entwickelt. Der Takt soll verdichtet werden, Rad und Nahverkehr zusammen gedacht werden und überhaupt soll mehr Geld in Bus und Bahn fließen, aber: alles steht unter Finanzierungs-vor-be-

halten und die Ideen greifen zu langsam. Wenn wir den Klimawandel aufhalten wollen und gleichzeitig gute Mobilität gewährleisten möchten, muss der Ausbau von Bus- und Bahnstrecken, der Radwege und deren Qualität deutlich schneller von statten gehen.

Was macht die Fraktion sonst noch?

Lippenbekenntnis Tabakverbot

„Es muss endlich Schluss sein mit dem Werben für Produkte, die in Deutschland jährlich 120.000 Tote fordern“, erklärt Niema Movassat, drogenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Forderung der Drogenbeauftragten Daniela Ludwig nach einem Werbeverbot für Rauchprodukte.

Zu wenig Drogenkonsumräume?

Die Bundesregierung erklärt zwar, dass Drogenkonsumräume eine wesentliche Maßnahme der Schadensreduzierung seien, aber Anstrengungen für mehr Drogenkonsumräume werden kaum unternommen.

Streikende Gebäude-reiniger*innen

Meist kennen wir Sie nicht und sehen Sie nicht, und doch sind es nicht nur unsere Büros, die jeden Morgen gereinigt werden, sondern u.a. auch unsere Krankenhäuser, die gereinigt und keimfrei gehalten werden. Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger gebührt dafür eigentlich jeden Tag unser Dank.

„Drogenbeauftragte Ludwig ohne Qualifikation“

Die Bundesregierung hat eine neue Drogenbeauftragte, Daniela Ludwig, vorgeschlagen. Ich hab mit der Freiheitsliebe über die neue Drogenbeauftragte und die Drogenpolitik der Bundesregierung gesprochen.

Polizeigewalt in Deutschland

Linke Aktivist*innen und Fußballfans sind am häufigsten von Polizeigewalt betroffen. Das ist das Ergebnis einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Studie zu „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ an der Ruhr Universität Bochum. An der Studie nahmen mehr als 3300 Menschen teil.

Grundrechte schützen

Diese stehen – auch durch Innenminister Seehofer – massiv unter Beschuss. Im Bereich des Strafrechts brauchen wir eine Entrümpelung. Dafür setzt sich DIE LINKE ein: Weg mit § 219a, Weg mit Schwarzfahren und für die Entkriminalisierung von Cannabis!

Kinder und Erwachsenen-Alkoholkonsum

„Solange Politiker Bier als Kulturgut verklären und uns Alkoholwerbung penetrant das Bild vermittelt, Alkoholkonsum gehe mit Freude, Gelassenheit und einem schönen Leben einher, solange werden weiterhin Millionen von Kindern unter dem Alkoholkonsum ihres Umfeldes leiden“, erklärt Niema Movassat anlässlich des Tages des alkoholgeschädigten Kindes am 9. September. (Weiterlesen unter www.movassat.de)

Warum die Künast-Entscheidung abstrus ist

Am 9. September 2019 fällte das Landgericht Berlin eine Entscheidung, welche allgemein für Empörung sorgte. Das Gericht entschied, dass Begriffe wie „Drecks_Fotze“ oder „Sondermüll“ gegenüber der Grünen-Politikerin Renate Künast noch von der Meinungsfreiheit des Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes gedeckt seien.

Immer häufiger werden Personen des öffentlichen Lebens und auch PolitikerInnen verbal im Netz angegriffen. Die Hate-Speecher genießen dabei den Schutz der Anonymität im Netz und werden auch deshalb immer hemmungsloser, anstandsloser und radikaler in ihren verbalen Angriffen. Im Künast-Fall ging die Grünen-Politikerin gegen Facebook vor, um die Klarnamen von 22 rechten und rechtsradikalen Kommentatoren zu erhalten. Die Kommentare bezogen sich auf ein frei erfundenes Zitat der Abgeordneten, die sich darin augenscheinlich wohlwollend zum Geschlechtsverkehr mit Kindern äußerte. Auf das Fake-Zitat folgten Kommentare wie „Vielleicht ist sie als Kind zu wenig gef ... worden“ oder „Knatter sie doch mal so richtig durch, bis sie wieder normal wird“.

Nun stellt sich die Frage, wie weit geht die Meinungsfreiheit? Und wann ist die Äußerung nicht mehr von der im Grundgesetz verbrieften und von der Rechtsprechung geprägten Begriff der Meinungsfreiheit umfasst?

Eine dogmatisch spannende – weil über die Reichweite des grundrechtlichen Schutzbereichs entscheidende – Frage ist die nach der Behandlung so genannter Schmähkritik. Bei der Schmähkritik geht es nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung, sondern vielmehr die Diffamierung einer anderen Person. Dass Schmähkritik nicht durch die Meinungsäußerungsfreiheit geschützt, ist im Ergebnis unbestritten.

Umstritten ist jedoch, ob dieses Ergebnis daraus folgt, dass



schon der grundrechtliche Schutzbereich überhaupt nicht eröffnet ist – also Schmähkritik gar nicht in den Anwendungsbereich der Meinungsfreiheit fällt – oder ob es sich daraus ergibt, dass sich im Rahmen der Prüfung der verfassungsmäßigen Rechtfertigung eines

Eingriffs das Persönlichkeitsrecht des Geschmähten in Abwägung mit der Meinungsfreiheit durchsetzt.

Das Bundesverfassungsgericht hat eine eindeutige Positionierung in dieser Frage bisher vermieden, jedoch tendiert er

jüngere Entscheidungen eher dazu im Fall von Schmähkritik schon den Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 GG nicht mehr als eröffnet anzusehen (Beschl. v. 29.06.2016, Az. 1 BvR 2646/15).

Selbst wenn, wie in Teilen der Literatur gefordert, trotzdem eine Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrecht durchgeführt werden soll, hätte diese zugunsten des Persönlichkeitsrechts von Renate Künast ausfallen müssen. Das Landgericht Berlin war aber nun der Ansicht, die Begriffe wie „Drecks-Fotze“ und „Sondermüll“ seien „Haarscharf an der Grenze des (...) Hinnehmbaren“ und damit unproblematisch, weil sie den nötigen Sachbezug aufweisen würden.

„Drecks-Fotze“ und „Sondermüll“

Zudem verneinte das Gericht bei den vulgären und beleidigenden Äußerungen explizit eine sogenannte Schmähkritik – in den Kommentaren wäre nicht die Diffamierung der Person Künast, sondern eine überspitzte Kritik in den erkennbar. Eine bis hierhin absurde Begründung, weil allein der bewusst ehrverletzende Gehalt dieser missachtenden Bezeichnungen im § 185 des Strafgesetzbuches als Beleidigung

unter Strafe gestellt wird und diesen Beleidigungen kein kritischer Charakter zuzusprechen ist.

Abgesehen von der fadenscheinigen Begründung machte das Landgericht jedoch einen noch größeren, indiskutablen Fehler, dass einer Berufung nicht standhalten wird: Das Gericht ließ eine verfassungsrechtlich zwingende Abwägung zwischen dem Recht auf Meinungsfreiheit und dem Persönlichkeitsrecht vollständig aus. Das Gericht hat also die Persönlichkeitsrechte von Renate Künast überhaupt nicht gewürdigt und ihr damit faktisch Grundrechte abgesprochen. In einer juristischen Klausur würde man dafür wohl durchfallen, weil man das Grundrechtssystem nicht verstanden hat.

Im Grunde hätte das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 der Kommentatoren mit dem Grundrecht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 des Grundgesetzes von Renate Künast rechtlich verglichen und gegeneinander abgewägt werden müssen. Auch wenn die Meinungsfreiheit einen hohen Stellenwert genießt und Politiker*innen laut der Rechtsprechung mehr

aushalten müssen als andere Personen, so wäre die Abwägung wohl bei den meisten Kommentaren zugunsten von Renate Künasts Persönlichkeitsrecht ausgefallen, da es sich eben nicht um spitze Kritik in der Sache handelte, sondern schlicht um Beleidigungen.

Die Entscheidung weist also erhebliche Fehler auf. Zudem hat sie enorme Auswirkung auf die Kommunikation im Netz. So liegt nach dieser Entscheidung immer eine Meinung vor, und damit auch ein Sachthemen-Bezug vor, wenn die hasserfüllten und degradierenden Äußerungen unter einer sachbezogenen Facebook-Post gepackt werden. Diese hebt jegliche Persönlichkeitsrechte des Einzelnen aus und rechtfertigt die Internet-Trolls, die an einer sachlichen Auseinandersetzung kein Interesse haben. Zu hoffen bleibt, dass diese Fehlentscheidung durch die oberen Gerichte korrigiert wird.



MdB Niema Movassat

Niema Movassat ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages seit 2009. Er wurde als Sohn iranischer Eltern in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur in Oberhausen studierte er Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und legte 2009 sein juristisches Staatsexamen ab.

In Essen unterhält er ein Bürger*innenbüro: Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon 0201-81337730, Telefax 0201-81337731, E-Mail: niema.movassat.ma06@bundestag.de. Die Website ist unter www.movassat.de erreichbar. Das Büro ist geöffnet von Montags bis Donnerstags von 10 bis 16 Uhr.

Gesellschaftliche Ursachen von problematischem Alkoholkonsum hinterfragen

„Es ist besorgniserregend, dass weltweit jeder 20. Todesfall direkt oder indirekt auf den Alkoholkonsum zurückzuführen ist. Allein in Deutschland sterben jährlich schätzungsweise 70.000 Menschen vorzeitig an den Folgen übermäßigen Alkoholkonsums“, erklärt Niema Movassat, drogenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Veröffentlichung einer internationalen Studie zum weltweiten Alkoholkonsum. Movassat weiter:

„Dass der durchschnittliche Alkoholkonsum in Deutsch-



land ganz leicht abnimmt, ist prinzipiell gut. Allerdings bedeutet eine Abnahme des Durchschnittskonsums nicht

automatisch eine äquivalente Senkung von alkoholbedingten Schäden. Vielmehr müssen wir Maßnahmen möglichst gezielt

auf problematische Konsummuster richten und dabei die gesellschaftlichen Ursachen berücksichtigen.

Für Menschen mit einer Alkoholerkrankung brauchen wir bessere und niederschwellige Hilfen. Für alle Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten müssen wir ein gesellschaftliches Setting und Klima schaffen, in dem der Griff zur Flasche nicht mehr als naheliegende Option erscheint, um Probleme zu verdrängen oder etwas zu kompensieren. Das ist nicht einfach, solange die Alkoholindustrie mit ihrer Werbung ein Bild vermittelt, welches Alkoholkonsum mit Freude, Ge-

lassenheit und einem schönen Leben verknüpft. Daher wollen wir ein Werbeverbot.

Vor allem brauchen Menschen aber ausreichend Perspektiven für ein gutes und selbstbestimmtes Leben – und das ist in Zeiten von Entsolidarisierung, Prekarisierung und zunehmendem Leistungsdruck in der Arbeitswelt nicht immer gegeben.

Wir brauchen weltweit eine linke Politik, die Menschen selbstbestimmte, informierte Entscheidungen ermöglicht, Konsumkompetenz fördert, gesellschaftliche Ursachen für Alkoholismus angeht und Suchtkranken Hilfe anbietet.“

Stellplatzsatzung

Guter Ansatz – nicht zu Ende gebracht

Im Juli brachte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Essen einen Antrag für eine neue „ökologisch ausgerichtete“ Stellplatzsatzung ein. Im Wesentlichen wird dort der Vorschlag gemacht, die nachzuweisende Zahl von Autostellplätzen bei Neubauvorhaben zu reduzieren. Vor allem die Existenz alternativer Mobilitätsträger könne dies im Einzelfall begründen.

Das ist dem Grunde nach kein falscher Ansatz, weil so auch ein möglicher Beitrag geleistet wird, die Autofixierung zu überwinden.

Jedoch droht die gute Idee nach hinten loszugehen, weil das Vorhandensein anderer Mobilitätsträger (also z.B. Anbindung an den ÖPNV, besonders gute Fahrradinfrastruktur) nicht gleichzusetzen ist mit deren Nutzung. Wenn aber die Menschen, die bei Neubauten zu den bereits vor Ort lebenden hinzukämen, aus welchen Gründen auch immer weiterhin ihre Mobilität mit dem Auto erledigen, dann erhöht sich der Druck für alle. Profitieren würden also nur wenige – nämlich die Investoren und Käufer der Neubauten, für die geringere finanzielle Aufwände entstünden (z.B. weil auf den Bau einer teuren Tiefgarage verzichtet werden konnte).

In die Röhre schauen würden alle anderen, weil die Zahl der PKW, die auf öffentlichem Grund kostengünstig abgestellt werden müssten, weiter steigen würde. Anders formuliert: Der private Nutzen würde von der Allgemeinheit bezahlt werden müssen.

Eine Lösung böte sich an: Änderung der Stellplatzsatzung nur in Verbindung mit einer den Nachteil mehr als nur symbolisch ausgleichenden Parkraumbewirtschaftung. 30,- Euro pro Jahr und PKW in „Bewohnerparkzonen“ reichen nicht. Zum Vergleich: Ein Tiefgaragenstellplatz kostet meistens mehr als 20.000,- Euro (plus laufende Kosten).

Die Formulierung, dass die Stellplatzsatzung „hohe Richtwerte für die Fahrradabstellplätze“ vorsehen „sollte“, ist nicht ausreichend. Eine solche Formulierung ist juristisch nicht einklagbar, so dass es der Entscheidung der Bauherr*innen überlassen bleibt, ob diese Fahrradabstellplätze wirklich geschaffen werden oder nicht.

Auch hier liegt eine Lösung auf der Hand: Änderung der Stellplatzsatzung nur in Verbindung mit einer juristisch harten Formulierung, z.B. dass für den Verzicht auf KFZ-Stellplätze

Fahrradstellplätze in vierfacher Zahl geschaffen werden müssen, die zudem qualifizierten Anforderungen zu genügen haben (ebenerdig, abschließbar, witterungsgeschützt, auch Platz für Lastenräder).

Dafür kann auf das Vorbild der Bauordnung Baden-Württembergs verwiesen werden, in der das so formuliert ist (auch das Verhältnis 1 KFZ-Stellplatz = 4 Fahrradstellplätze ist dort als Mindestmaß festgeschrieben). Diese Forderung wird auch von sämtlichen maßgeblichen Verbänden erhoben.

Darüber hinaus ist die „Nähe zu einer ÖPNV-Haltestelle“ noch kein Hinweis darauf, dass es einen hinreichend guten ÖPNV gibt oder dass die Bewohner*innen ihn nutzen. Auch hier könnte eine Formulierung gefunden werden, z.B. in der Art, dass die „Stellplatzablässe“ nicht mehr nur für die Schaffung von Stellplätzen an anderer Stelle verwendet wird, sondern ganz bewusst und offensiv für den Ausbau des ÖPNV. Übrigens könnte auch eine angemessene Beteiligung an den Kosten der Nutzung des öffentlichen Raums (s.o. Bewirtschaftungskosten) begründet werden mit dem Ausbau des ÖPNV.

Klaus Blau



Verkehrswende

In Essen sollen Busspuren eingerichtet werden, ohne dass es für den PKW-Verkehr zu Nachteilen kommt. In Oberhausen laufen Menschen Sturm gegen die Kostenpflichtigkeit von Parkplätzen in der Innenstadt, in Mülheim ist die Verschlechterung des öffentlichen Verkehrs noch nicht vom Tisch – nur drei Beispiele dafür, dass es bis zur Verkehrswende in unserer Region noch ein langer Weg ist.

Auch wenn Fahrverbote in Essen noch immer möglich sind, auch wenn es in den Städten des Ruhrgebiets überdurchschnittlich viele PKW gibt, auch wenn der Anteil der Wege, die mit dem PKW zurückgelegt werden, besonders hoch ist, gibt es doch nur wenige Hinweise darauf, dass ernst zu nehmende Schritte auch nur gedacht werden, mit denen die Verkehrswende angegangen werden soll.

Richtig falsch ist nichts

Da wird ein Papier, in dem keine einzige belastbare Aussage getroffen wird, keck als „Handlungskonzept“ überschrieben. Der Anspruch, „Mobilität neu (zu) denken“, wird nicht einmal ansatzweise eingelöst und doch sind die meisten im Rat vertretenen Parteien und Personen schon glücklich, dass es überhaupt ein Papier wie dieses gibt und begrüßen es deshalb.

Niemand stört sich daran, dass in diesem Papier Aussagen formuliert werden, die im Widerspruch zur Praxis der Verkehrsplanung in dieser Stadt stehen. Diese Widersprüche werden noch nicht einmal benannt, so dass auch nicht die Möglichkeit eröffnet wird, sie zum Gegenstand der weiteren politischen Beratungen zu machen.

Natürlich, in einer Stadt wie Essen, in einer Region wie dem Ruhrgebiet, wo über Jahrzehnte alle öffentlichen Räume dem Auto untergeordnet wurden (und werden), müssen dicke Bretter gebohrt werden auf dem Weg zu einer neuen, einer nachhaltigen und fairen Mobilität.

Einer Mobilität, die darüber hinaus nicht nur den Blick auf sich selbst richtet, sondern auch die Qualität der Stadt insgesamt in den Fokus nimmt. Aber, und das kann gar nicht

genug betont werden, diese Bretter bohren sich nicht von allein. Es braucht dafür einen engagierten und mit dem Willen zur Veränderung glaubwürdig formulierten öffentlichen Diskurs. Wenn das vorgelegte „Handlungskonzept“ wenigstens dazu einen kleinen Beitrag hätte leisten wollen, dann gäbe es vielleicht einen kleinen Grund, sich darüber zu freuen. Aber nicht einmal dies ist irgendwo spürbar – vielmehr ist es unter weitgehender Abwesenheit jeder Öffentlichkeit im Rat verabschiedet und auf den Berg der bereits geschriebenen und genauso wertlosen Texte gelegt worden.

Um es positiv zu formulieren: Richtig falsch ist nichts im vorliegenden „Handlungskonzept“ (wenn man mal vom Namen absieht). Es werden Dinge benannt (und, ja, auch irgendwie gefordert), die für sich nicht verkehrt sind. Insofern ist es – gemessen am sonstigen Stand der Debatte – ein begrüßenswerter Beitrag. Dass das gesagt werden kann (oder muss), verrät jedoch mehr über den Stand der Debatte und den noch zurückzulegenden Weg als über die Güte des Papiers. Und das ist schlimm.

Der Widerspruch zwischen den schon in der Bewerbung von 2014 zur Grünen Hauptstadt Europas formulierten Zielen und der beobachtbaren Realität spricht für sich: Statt sich dem 4x25-Prozent-Ziel zu nähern, verharrt die Stadt bei den schlechten Ausgangsverhältnissen mit einem klaren Verlierer: der Fußverkehr geht weiter zurück. Das ist das Ergebnis einer weithin noch immer auf den Autoverkehr fixierten Verkehrspolitik, die für den fußläufigen Verkehr nur noch Restflächen erübrigt. Auch der Radverkehr verharrt auf niedrigstem Niveau und wäre noch niedriger, wenn zwischen Freizeit- und Alltagsverkehren unterschieden werden würde. Gleichzeitig dominiert der PKW-Verkehr weiterhin das Geschehen (und tut dies im Übrigen in weit stärkerem Maße als die reklamierten 55 Prozent nahelegen, denn Einpendlerverkehre bleiben ausdrücklich unberücksichtigt, obwohl sie für 15 Prozent des Verkehrsauf-

kommens verantwortlich sind). Keine Berücksichtigung findet im Papier der Güterverkehr, der auch in Essen überwiegend über die Straße, d.h. mit LKW, abgewickelt wird.

Der im Papier präsentierte Phasenplan sieht nach den Phasen 1 (2017: Handlungsrahmen) und 2 (2019: Handlungskonzept, also das vorliegende Papier selbst) die Phase 3 „Mobilitätsplan“ vor, der in öffentlicher Diskussion ab 2020 bis 2022 erarbeitet werden soll, damit ab 2023 Phase 4 „Umsetzung und Entwicklung“ mit dem Ziel starten kann, bis 2035 den Modal-Split gemäß der Vorgabe auf 4x25 Prozent umzustellen.

Das heißt aber nichts anderes, als dass für weitere drei Jahre erst einmal nichts geschehen wird. An den seit wenigstens 2014 hinlänglich bekannten und beklagten Zahlen wird sich also absehbar nichts ändern, jedenfalls nicht aufgrund von kommunal veranlassten Maßnahmen. Denn auch das muss nach Lektüre des „Handlungskonzepts“ frustriert konstatiert werden: Die als Maßnahmen überschriebenen Handlungsfelder können bestenfalls als Ideen begriffen werden, die weit davon entfernt sind, irgendwie umsetzbar zu sein. Es fehlt an Indikatoren, Einzelschritten, Verantwortlichkeiten, Widerständen, Zeithorizonten, Finanzrahmen usw. – also all das, was üblicherweise mit Maßnahmen assoziiert wird.

Unterm Strich bleibt nur dies: Mit dem vorgelegten „Handlungskonzept“ wird die Möglichkeit versäumt, Substanzielles zur Verkehrswende beizutragen. Bis die städtische Öffentlichkeit auch nur behaupteterweise in die Debatte einbezogen werden soll, wurde verwaltungsintern und in den politischen Gremien schon mindestens sechs Jahre beraten. Die öffentliche Debatte soll dann aber binnen drei Jahren zu einem Ergebnis führen, das als Grundlage für einen dreizehn Jahre dauernden Prozess einer sich verändernden Mobilität dient. Das Papier offenbart also nicht nur einen eklatanten Mangel im politischen Willen, die Verkehrswende wirklich anzupacken, sondern auch endlich die Menschen in dieser Stadt ernst zu nehmen.

Stefan Hochstadt

80 Cent sind nicht zumutbar!

Was wir von vielen Großveranstaltungen kennen, nämlich dass die Eintrittskarte zur Nutzung des Öffentlichen Verkehrs berechtigt, gilt für alle Veranstaltungen der Stadttochter Messe Essen fortan nicht mehr. Ruhrbahn und Messe Essen konnten sich nicht auf eine Fortsetzung der bisherigen vertraglichen Vereinbarungen verständigen. Wer also künftig eine Messe in Rütterscheid besucht, muss den vollen Betrag für die Nutzung von Bussen und Bahnen zahlen ... oder er kommt mit dem Auto. 1,5 Millionen Menschen besuchen nach Eigenaussage jährlich Veranstaltungen der Messe. Man stelle sich den Beitrag zu einer Verkehrswende vor, wenn die alle oder wenigstens überwiegend mit den Öffentlichen kämen, weil sie ohnehin schon dafür bezahlt haben und es auch viel bequemer ist. Aber: Wir erleben ein weiteres Mal, wie die von allen ersehnte Verkehrswende auf dem Rücken der Nachbarn und aller betroffenen Menschen verlagert wird. Und das – so lässt sich die Messeleitung zitieren –, weil „der Messemarkt die Kosten nicht zulässt“. Mit anderen Worten, die Messe Essen ist sich nicht zu blöde zu behaupten, dass 80 Cent – das ist nach der Berichterstattung in der lokalen Presse der Preis, der von der Messe an die Ruhrbahn pro Ticket zu zahlen ist – dazu führen würde, dass Menschen nicht nach Essen zur Messe kämen, sondern anderswohin. Das ist für sich schon dämlich,



weil Messen ja immer erst mal einmalige Ereignisse sind (und nicht wie Kaufhof oder Karstadt überall identische Sortimente haben). Außerdem liegt der Preis für eine Eintrittskarte meistens im zweistelligen Eurobereich. Vor allem aber erhöhen sich die objektiven Kosten für die Kunden drastisch, wenn sie fortan ihr Ruhrbahnticket gesondert kaufen müssen.

Die eigentliche Frechheit ist aber, dass damit ein weiterer Impuls gesetzt wird, mit dem Auto anzureisen, das dann nicht nur Schadstoffe ausstößt und die Straßen weiter belastet, sondern natürlich auch möglichst kostengünstig abgestellt werden will und so ein weiteres

Mal zum Nachteil der Menschen gereicht, die in der größeren Nachbarschaft wohnen.

Richtig wäre es, wenn die Stadt ihrer Tochter sagen würde, dass sie den Beitrag zur Verkehrswende zu leisten habe, den sie leisten kann. In anderen Städten funktioniert das längst sehr gut. In Köln z.B. ist nicht nur das Ticket der KVB, sondern gleich des ganzen Verkehrsverbundes (VRS) im Ticketpreis enthalten. Die Stadt Essen macht sich ein weiteres Mal unglaubwürdig, wenn sie es ihrer Tochter einfach so durchgehen lässt, dass sie ihre behauptete Marktposition auf Kosten der Menschen in Essen und Rütterscheid verbessern will.

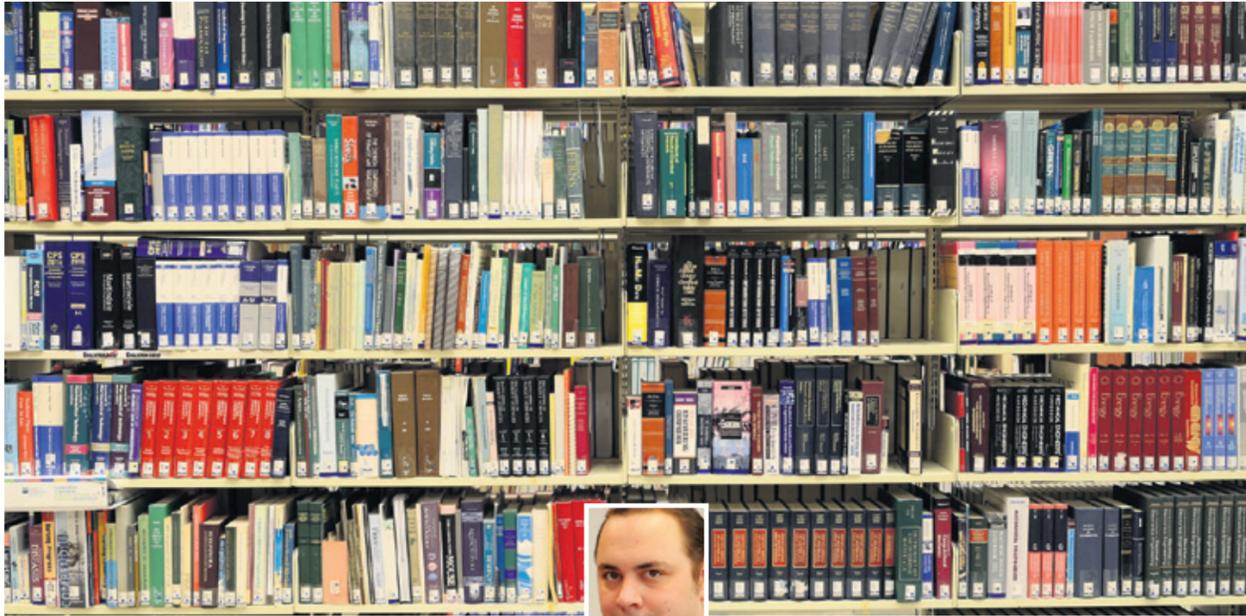
Neues vom JobCenter:

Neue Rechtsprechung zu Schulbüchern und vorläufigen Bescheiden

Seit der letzten Ausgabe des Essener Morgens hat sich in der Rechtsprechung zur Grundversicherung für Arbeitssuchende einiges getan. Wegweisend sind Tendenzen zur Kostenübernahme des Eigenanteils von Schulbüchern und neue Regelungen bei der endgültigen Festsetzung nach zunächst vorläufigen Leistungsbescheiden.

Zum Eigenanteil bei Schulbüchern gibt es eine recht eindeutige Handlungsempfehlung. Falls von der Schule ein Eigenanteil bei Schulbüchern gefordert wird, sollte die Rechnung beim JobCenter eingereicht und die Kostenübernahme beantragt werden.

Vieles spricht dafür, dass diese Kosten als Mehrbedarf zuschussweise übernommen werden müssen. Im Falle einer Ablehnung bietet es sich an rechtzeitig – also vor Ab-



Der Autor berät als Fachanwalt für Sozialrecht viermal wöchentlich kostenfrei in Essen. Orte und Zeiten unter www.hartz4.nrw oder Telefon 0201-5147472.

lauf der einmonatigen Widerspruchsfrist – mit dem Ablehnungsbescheid eines der vielfältigen Essener Hartz4-Beratungsangebote aufzusuchen. Der Antrag kann und sollte auch noch für Schulbuchkosten des gerade begonnenen Schuljahrs gestellt werden.

Etwas schwieriger zu erklären sind die möglichen

Neuheiten beim endgültigen Festsetzungsbescheid. Grob erklärt hat das Bundessozialgericht darüber entschieden, wie genau Durchschnittseinkommen für die Festsetzung zu berechnen sind. Die vom BSG vorgenommene Art der Berechnung wird von Jobcentern bisher oft nicht beachtet, kann aber zu Vorteilen für Leistungsberechtigte führen. Dies gilt insbesondere

dann, wenn sich Einkommensverhältnisse im Bewilligungszeitraum geändert hatten. Auch wenn im Zeitraum Sonderzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld oder andere Einmalzahlungen gezahlt wurden, lohnt es sich oft den abschließenden Bescheid rechtzeitig prüfen zu lassen.

Abschließend kann gesagt

werden, dass beide neuen Ansätze der Rechtsprechung, wenn sie sich denn durchsetzen, von grundsätzlichem und nennenswertem Nutzen für Leistungsberechtigte sind. Sollten Sie sich unsicher sein: Fragen Sie ruhig. Beratungsangebote sind in Essen in nahezu jedem Stadtteil vorhanden. Beratung kann helfen!

Neue Beratungsangebote

An dieser Stelle eine Mitteilung des Autors in eigener Sache: Nachdem anderweitige Beratungsangebote in Rüttenscheid sowie in Übrerruhr zum Sommer 2019 ausgelaufen sind, freue ich mich zum Erhalt eines umfassenden Sozialrechtsberatungsangebotes beizutragen. Pünktlich zum zehnjährigen Jubiläum des Beratungsangebotes in der evangelischen Kirchengemeinde Königsstele in Steele kommen für Beratungssuchende zwei weitere kostenfreie Beratungsstellen hinzu. Auch mit meinen beiden neuen Beratungen kooperiere ich mit dem gemeinnützigen Verein BG45 Hartz4-Netzwerk-Essen e.V. Die Beratungen finden ab sofort jeden Montag von 14.00 bis 16.00 Uhr im Bürgerzentrum Villa Rü, Girardetstr. 21 in Rüttenscheid und jeden Mittwoch von 11.00 bis 13.00 Uhr im Stephanus-Gemeindezentrum der evangelischen Kirchengemeinde Essen-Übrerruhr, Langenbergerstr. 434a statt. Rechtzeitiges Erscheinen mit möglichst vollständigen Unterlagen hilft bei der Beratung. Die Sozialrechtsberatungen sind Einzelberatungen, für die kein Termin benötigt wird. Da es sich um eine Sozialrechtsberatung handelt, berate ich wie immer als Fachanwalt für Sozialrecht selbst.

Offene Hartz4-Beratungen

Montags, 9.30 - 11.30 Uhr

Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Altendorf, mit RA Carsten Dams

Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter Montag im Monat)

Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Altendorf

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Altenessen

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Frohnhausen

Dienstags, 13.30 - 15.30 Uhr

Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr

Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Huttrop

Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr

Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Übrerruhr

Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr

Friedrich-Uehrichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Innenstadt

Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr

Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr

Bürgerzentrum KonTakt, Katernberger Markt 4, Katernberg, mit RAin Gabriele Junker

Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Werden

Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RAin Gabriele Junker

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Borbecker Platz 5, Borbeck, mit RA Jan Häußler

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Steele, mit RA Carsten Dams

Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr

Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Innenstadt

Verbesserungen für die Bildungs- und Teilhabe-Leistungen im SGB II

Zum 1. August 2019 treten im genannten Bereich Veränderungen ein, die meiner Ansicht nach überfällig waren. Hier hat das „Starke-Familien-Gesetz“ endlich positive Auswirkungen auf Kinder/Schüler*innen im Leistungsbezug des SGB II und SGB XII sowie auf Wohngeld bzw. Kinderzuschlag beziehende Familien und Asylbewerberleistungsgesetz.

Für den Bereich des SGB II, für Kinderzuschlag und Wohngeld gilt, dass kein gesonderter Antrag mehr gestellt werden muss. Die Leistungen gelten mit dem gesamten Antrag als gestellt. Für die anderen Leistungsbereiche muss weiterhin ein Antrag/müssen Anträge gestellt werden.

Der persönliche Schulbedarf umfasst nun 150 Euro pro Jahr, 100 Euro zu Schulbeginn (zum 1. August) und 50 Euro zum 1. Februar eines Jahres. Ab 2021 soll die Höhe der Pauschale wie die Regelleistung angepasst, das heißt dynamisiert werden. Klassenfahrten bzw. Schul- und Kitaausflüge habe in den Leistungen selbst keine Änderung erfahren. Jedoch kann die Schule den Antrag



stellen, die Leistung für die berechtigten Schüler*innen direkt an die Schule zu zahlen.

Bei der Lernförderung, also dem Nachhilfeunterricht erfolgt die Klarstellung, dass dieser auch dann übernommen werden soll, wenn keine Versetzungsgefährdung besteht.

Bei der Schülerbeförderung ist neu, dass auch eine Schule als „nächstgelegene Schule“ gilt, die aufgrund des Profils gewählt wurde. Dies sind insbesondere Schulen mit naturwissenschaftlichem,

musischen, sportlichem oder sprachlichem Profil. Der Eigenanteil in Höhe von 5 Euro, der bisher gezahlt werden musste, entfällt.

Die bisherige Pauschale für Kultur und Sport wird von monatlich 10 Euro auf 15 Euro erhöht, wenn diese Aufwendungen nachgewiesen werden. Wie bisher kann in Einzelfällen auch ein höherer Bedarf gewährt werden. Jedoch gibt es diese Leistung nur für minderjährige Kinder, unabhängig davon, zu welchem Leistungssystem sie gehören.



Erika Biehn Vorsitzende des Ortsverbandes Essen des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VaMV e.V.) 1. Vorsitzende BG45 Hartz4-Netzwerk-Essen e.V.

Eine wichtige Änderung ist vor allem, dass der Gesetzgeber nicht mehr vorschreibt, dass viele Leistungen in Form von Direktzahlung oder Gutscheinen zu gewährt sind. Die Kommunen können nun selbst entscheiden, in welcher Form die Leistungen zu erbringen sind.

Daher wäre es wichtig, die Kommunalpolitiker darauf hinzuweisen, dass sie für eine andere als bisher vorhandene Form der Leistungsgewährung entscheiden dürfen.

Nach Rettung des Atelierhauses am Äbtissinnensteig:

Planung „Alte Schule“ geht in die nächste Runde

Der Kampf um den Erhalt der 100-jährigen evangelischen Pestalozzi-Schule im Steeler Rott ist ein Erfolgsmodell der „Rotter“ Bürger und des Künstlervereins „Alte Schule“ um den Vorsitzenden Michael Steinmann.



Alle Nutzungskonzepte sehen vor, dass die Alte Schule erhalten bleibt, so wie Verein und Bürger das gefordert haben

70 Jahre lang diente das stadtbildprägende neugotische Gebäude den Rotter I-Männchen und wurde anschließend von über das Ruhrgebiet hinaus bekannten Künstlern zu einem kulturellen Treffpunkt. Mit dem Tod der Künstlerin Doris Schöttler-Boll, die dort ein lebenslanges Wohnrecht hatte, wollte die Stadtverwaltung das denkmalwürdige Gebäude abreißen und das Grundstück zu Geld machen.

Der LINKE Bezirksvertreter Zierus unterstützte mit Erfolg in den politischen Gremien

die Rotter Bürger und Künstlergruppen. Mit dem Rückenwind der Rotter und Künstler änderte der Planungsausschuss seinen Abbruchbeschluss und machte den Bestand des historischen Gebäudes zur Bedingung beim Verkauf des Schulgrundstückes. Wohnungen und eine Kindertagesstätte sollen in das alte Gebäude einziehen. Fünf Bewerber haben ihre Nutzungskonzepte einge-

reicht, von denen demnächst ein Bewerber im Planungsausschuss den Zuschlag erhalten wird. Alle Bewerber haben das von der Stadt geforderte Mindestangebot von 500000 Euro eingehalten. Der Verein, der sich erfolgreich für den Erhalt des Gebäudes eingesetzt hat, hofft, dass mit dem geplanten Kindertagesstätte eine kooperative künstlerische Mitnutzung möglich bleibt, so der Vorsitzende abschließend.



2. Sommer-Rabatz in Frohnhausen

DIE LINKE. Essen West hat im August zum 2. Sommer-Rabatz auf dem Frohnhauser Platz geladen. Bei bestem Wetter gab es u.a. Live-Musik, Sport und Spiel, Gespräche über Stadtentwicklung, Kreatives und Informatives für Klein und Groß.

Bebauung Messeparkplatz P2 Rüttenscheid:

Noch ein zweifelhaftes Immobilienprojekt

Mitsprache des Bürgerforums eher nicht vorgesehen

Nun geht es also los. Die Pläne der Hopf-Gruppe liegen vor, der Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung (ASP) hat sie mit ein paar Hinweisen versehen für gut befunden. Damit ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Rechtssicherheit der Planungen gegangen.



Jetzt geht es noch um die Konkretisierung der Pläne, die im Rahmen der sog. Planfeststellung abgearbeitet und dann zum Gegenstand der vertraglichen Grundlagen werden. Es ist aber mit diesem positiven Votum des ASP schon jetzt davon auszugehen, dass das Vorhaben in der einen oder anderen Form realisiert werden wird.

Nur der Investor selbst könnte jetzt noch einen Rückzieher machen (z.B. wenn er feststellt, dass sich das Vorhaben betriebswirtschaftlich nicht rechnet, was nach Lage

der Dinge aber ausgesprochen unwahrscheinlich sein dürfte). Auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung soll verzichtet, das Vorhaben im beschleunigten Verfahren genehmigt werden. Eine Beteiligung der Menschen in Essen soll nur nach geltendem Recht erfolgen, weitergehende Formen

So etwa könnte es aussehen, wenn das Bauvorhaben verwirklicht wird.

Visualisierung: HPP Architekten

der Partizipation sind nicht vorgesehen. Auch ein Klimagutachten wird nicht gefordert. Damit zeigt sich ein weiteres Mal die hohe Bereitschaft der Stadt Essen und der zuständigen politischen Gremien mit ihrer Mehrheit von CDU und SPD, den Plänen der Investoren, nicht zuletzt der



GVE-Aufsichtsrat ohne Durchblick

Nachdem gegen den Rat des neuen GVE Geschäftsführers Dirk Miklikowski der Aufsichtsrat erneut eine Schadensersatzklage gegen den alten GVE Geschäftsführer Andreas Hillebrand über 420000 Euro im Zusammenhang mit dem Stadionneubau für RWE betrieben und zum 2. Mal verloren hat, fordert der Steeler Bezirksvertreter Jürgen Zierus die Abberufung der verantwortlichen Aufsichtsräte!

Sie haben, so der LINKE-Politiker Zierus, leichtfertig großen finanziellen Schaden für die überschuldete Stadt angerichtet. Das zweite Urteil des Ober-

landesgericht Hamm bestätigt die fehlerhafte Kontrollaufgaben des Aufsichtsrates. So wurden unnötig die schon explodierten Kosten des Stadionneubaus für Rot Weiß Essen nachträglich erhöht, während Schulen und Sportplätze in den Stadtteilen vergammelt. Der Rat der Stadt Essen sollte nunmehr seine Gesamtverantwortung für unsere Stadt wahrnehmen und die verantwortlichen Aufsichtsräte austauschen. Am Beispiel des aus dem Ruder gelaufenen Stadionneubaus zeigt sich erneut, dass Ausgliederungen von städtischen Aufgaben in GmbHs nicht nur zu Undurchsichtigkeit, sondern auch Kostensteigerungen führen, so Jürgen Zierus für DIE LINKE.

Grundsteinlegung

LINKE-Bezirksvertreterin in der BV VI (Stoppenberg, Katernberg, Schonnebeck) Jutta Potreck bei der Grundsteinlegung der neuen Gustav-Heinmann-Gesamtschule:



Ausgehtipp

DO, 31. Okt. 17:30 Uhr
Anti-Racist Zombie-Walk Steele – Die Geister der Vergangenheit, Steele S

FR, 1. Nov, 19 Uhr
5. Rote Ruhr Akademie Die Rote Ruhr Akademie wurde 2014 das erste Mal von der linksjugend [solid] ruhr organisiert. Seit dem nahm die Größe des Events stetig zu. Kamen 2014 gerade mal 80 Personen verdoppelte sich diese Zahl beinahe bis 2017. Drei Tage voller marxistischer und linker Theorie an Rhein und Ruhr. Stiftung ChorForum Essen

MI, 6. Nov., 18.30 Uhr, „Sozial, klimagerecht, zukunftsweisend?“, Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen zum Haushaltsentwurf der Stadt, Chorforum

SA, 9. November Gedenktag an die Pogromnacht: „November 1938 auch Reichspogromnacht oder zynisch (Reichs-)Kristallnacht genannt – waren vom nationalsozialistischen Regime organisierte und gelenkte Gewaltmaßnahmen gegen Juden in Deutschland und Österreich. Dabei wurden vom 7. bis 13. November etwa 800 Juden ermordet, 400 davon in der Nacht vom 9. auf den 10. November.“ (Wikipedia)

SA, 16. Nov., 10:00 Uhr
Kreisparteitag DIE LINKE Chorforum Essen

DI, 3. Dez., 18:30 Uhr
Shisha, Razzien und die Clan-Debatte, Linksjugend ‚solid‘ – Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1

MI, 4. Dez, 19 Uhr
DIE LINKE. Essen, Kapital Le-sekreis, Heinz-Renner-Haus

MI, 18. Dez, 19 Uhr
DIE LINKE. Essen, Kapital Le-sekreis, Heinz-Renner-Haus

FR, 20. Dez., 18:30 Uhr
LINKE Weihnachtsfeier, Heinz-Renner-Haus



DIE LINKE im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1: MO, 17.30 Uhr: Ratsfraktion

DI, 18.30 Uhr: linksjugend [solid] essen

DO, 19 Uhr: Aktiventreffen

1.+3. DI, 18.30 Uhr: Arbeitskreis ÖPNV

1.+3. DI, 10 Uhr: Erwerbslosenfrühstück

2.+4. MI, 18 Uhr: Kreisvorstand

Letzter FR im Monat: DIE LINKE. Essen-West, Haus Lüttringhaus, Gervinusstr. 6

1.+3. MO, 19 Uhr: Essen stellt sich quer, Steubenstraße 49

1. DO, 18.30 Uhr: Basisgruppe Rüttenscheid, Rheinischer Hof, Hedwigstraße 11

3. DO, 19 Uhr: Rosa-Luxemburg-Club, Monatstreffen im HR-Haus

1. DO, 19 Uhr: Attac, Monatstreffen in der VHS am Burgplatz

der Landes-CDU kann er da sicher nur profitieren), Ziehsohn der Chefin der hiesigen Medienoligarchie und ehemaliger, doch doch, Minister für Medienangelegenheiten. In Essen wird ja viel gegen Clan-Kriminalität unternommen, aber manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, wir schauen alle in die falsche Richtung.

Klaus Blau

ACHTUNG:

Wer sich über den Stand der Planungen informieren und sich womöglich einbringen möchte in den bürgerlichen Widerstand, kann sich hier schlau machen:

buergerforum-ruettenscheid.de

Hier gibt es auch immer wieder Informationen zu Veranstaltungen rund um Rüttenscheid (und anderswo).

